



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Hakenkreuzbanner. 1931-1945 1 (1931)**

56 (23.9.1931)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-253325](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-253325)

# Sturmfreuz Banner

Herausgeber: Karl Lenz, M. d. R.

## Die N.S. Zeitung Nordwestbadens

Offizielles Parteiorgan. Das Sturmfreuz-Banner erscheint 2 mal wöchentlich und kostet monatlich eine Zuteilung von 1,25. Zahlungen, Druckkosten u. d. Vertriebskosten in Mannheim. Postfachnummer: 6275 Ludwigshafen.

Zielsetzung der Zeitung ist die Förderung der nationalsozialistischen Bewegung, die Bekämpfung der jüdischen Weltverschwörung, die Bekämpfung der internationalen Finanzjagd, die Bekämpfung der internationalen Arbeiterbewegung, die Bekämpfung der internationalen Demokratie.

# Sturm über Baden

## SA- und SS.-Kameraden! Nationalsozialisten!

Ein Jahr ist vergangen, seitdem am 14. September 1930 das riesenhafte Anschwellen der nationalsozialistischen Bewegung aller Welt zeigte

### Deutschland ist im Erwachen.

Wohl hat der Sieg vom 14. September des letzten Jahres noch nicht dazu geführt, daß Hitler die Leitung der Geschicke Deutschlands übernehmen konnte, noch herrscht das Weimarer System, dessen legale Beseitigung allein eine Aenderung unseres Schicksals ermbglichen wird. Die Not des deutschen Volkes ist im verflochtenen Jahr trotz aller Versprechungen unserer Gegner und unzähliger Notverordnungen ins Unermeßliche gestiegen. Millionen wissen vor Verzweiflung weder ein noch aus. Aler Glaube stirzt zusammen. Schon glaubt der schlimmste Feind des schaffenden Deutschland, der jüdische Bolschewismus, von dieser Not profitieren und frech sein Haupt erheben zu können. Für uns ist keine Zeit zum Verzweifeln.

### Das letzte Aufgebot des deutschen Volkes

Sind wir. Unsere Aufgabe ist es, den Millionen unserer Volksgenossen, die am Schicksal der Nation wie am eigenen Schicksal verzweifeln, den Glauben an ihr Vaterland und an sich selbst wiederzugeben.

Kameraden, Nationalsozialisten! Euer Beispiel, Euer Opfermut und Euer Glaube hat sich schon auf Millionen unseres Volkes übertragen und sie wieder zu aufrechten Kämpfern

## für Freiheit und Brot

gemacht. Es muß uns gelingen, auch die letzten Widerstände zu brechen. Einfi hat man uns verlacht, dann verspottet und verhöhnt, und als wir trotzdem wuchsen, verboten, verfolgt und terrorisiert. Nichts hat unseren Segnern genügt. Schon fürchten sie uns. Sie wissen, unbedarbt in seinen Zielen, kampfschlüssen und zum letzten Opfer bereit

### ist heute der Nationalsozialismus.

Die Stellungen der gegnerischen Parteien sind überall erschüttert, jetzt gilt es, sie zu stürmen.

### 25000 aktive badische Nationalsozialisten

zeigen in den Monaten Oktober und November, daß der Propagandakampf der vergangenen Monate noch zehnfach übersteigert werden kann und tun es ihren Kameraden im Reiche gleich und

### gehen zum Generalangriff über.

Die Vorbereitungen für die großangelegte Propagandaaktion sind abgeschlossen. Die Anordnungen gehen in den nächsten Tagen an die Bezirke und Ortsgruppen.

### Die Herbstoffensive

wird eingeleitet durch den Gauparteitag vom 30. September bis 4. Oktober in Karlsruhe.

Jeder, dessen Pflicht es ist, an diesem Tag der Parteiausgabe zu erscheinen, ist zur Stelle.

### An die Arbeit!

## Gauparteitag

vom 30. September bis 4. Oktober 1931.

Mittwoch den 30. September, 20.15 Uhr:

Großer Jugendabend unter Mitwirkung der SA-Kapelle. Vg. Dr. von Kesteln-München und Cerff-Heidelberg, Propagandaleiter der NS., sprechen über "Die Jugend im Kampf um Deutschland".  
Veranstaltungsort: Friedrichshof, Karlsruhe.

Donnerstag den 1. Oktober, 20.15 Uhr:

Großer Frauenabend mit besonderen Darbietungen. Gauleiterin Frau Klitz und eine weitere Rednerin sprechen. Thema: "Die Frau im Kampf um Familie und Volk".  
Veranstaltungsort: Fräulein Paul, Karlsruhe.

Freitag den 2. Oktober, 20.15 Uhr:

Großer SA- und SS.-Abend unter Mitwirkung der SA-Kapelle. Stabschef der SA. und SS. Ernst Rühm-München spricht über "Durch Kampf zum Sieg".  
Veranstaltungsort: Ludin, Karlsruhe.

Samstag den 3. Oktober, 20.15 Uhr:

Große Freiheitskundgebung unter Mitwirkung der Standarten-Kapelle. Prominente Führer und Redner sprechen über: "Unser Kampf um die Macht".  
Veranstaltungsort: Robert Wagner, Karlsruhe.

Alle vier Veranstaltungen finden im großen Festhalleaal in Karlsruhe statt.

Sonntag den 4. Oktober, vormittags 8 Uhr  
Führertagung  
im Festaal des "Friedrichshof", Karl-Friedrich-Straße 28.  
Zutritt nur gegen Ausweis.  
Zur Teilnahme sind verpflichtet:  
Gauleitung, Abgeordnete, Bezirksleiter, Redner, Hauptschriftleiter, Leiter der Sonderorganisationen, Bezirkspropagandaleiter.

Freigestellt:

Bezirksgruppenleiter, Ortsgruppenpropagandaleiter.

Programm:

8 Uhr: Gaupropagandaleiter Kramer: "Sturm über Baden".  
9 Uhr: Gaubetriebszellenleiter Platner: "Der Sturm auf die Betriebe".  
10 Uhr: Gauleiter Wagner: "Generalangriff".  
Leiter: Vg. Stäwe, Karlsruhe.

### Ab 11 Uhr: Beginn der Sondertagungen

Kommunalpolitiker im Festaal des "Friedrichshofes".  
Leiter: von Raab, Karlsruhe.  
Referenten: Vg. Fiedler-München u. Vg. Schindler-Karlsruhe.  
Pflicht für Fraktionsführer, Bezirksreferenten. Freigestellt allen Kommunalpolitikern, Bezirks- und Ortsgruppenleitern.

Frauenorden in dessen Geschäftsräume, Sofienstraße 35.  
Leiterin: Fräulein Paul.  
Referentin: Frau Klitz.  
Pflicht für alle Ortsgruppenleiterinnen des Frauenordens.

Landwirte im Gartenaal des "Friedrichshofes".  
Leiter: Viesch, Karlsruhe.  
Referent: Lughen, M. d. R.  
Pflicht aller landwirtschaftlichen Fachberater.

Beamte im "Löwenrahen", Kaiserpassage Nr. 17.  
Leiter: Vogt, Karlsruhe.  
Referent: Sprenger, M. d. R., Frankfurt.  
Pflicht für alle Beamtenfachberater.

Lehrerbund im "Landsknecht", Zirkel 31.  
Leiter: Lenz, M. d. R.  
Referent: Schmitt, M. d. R., Bayreuth.  
Pflicht für alle Mitglieder des NS-Lehrerbundes.

Zurückbund im "Löwenrahen".  
Leiter und Referent: Rupp, M. d. R., Karlsruhe.

Werkbünd im "Löwenrahen".  
Leiter und Referent: Dr. Vahleifer, Heidelberg.

Wirtschaftsreferenten im "Landsknecht".  
Leiter und Referent: Böger.

Abteilung für Rasse und Kultur im Fraktionszimmer des Landtags.  
Leiter und Referent: Kraft.

## Die Bank von "England" löst ihre Noten nicht mehr ein!

John Bull, der Allmächtige, der Beherrscher der Meere, von der garten Marianne auf die Knie gezwungen!

Business as usual during the alteration of the mape of Europa!

Er hat für die Großen der Erde  
Noch einen gebuldigen Spott,  
Er wird sie alle verderben,  
Er ist der allmächtige Gott.  
Georg Kaiser.

Eine Neue Tadel, ein Warnungsruf düsterster Prophezeiung, wie sie die Weltgeschichte nicht zu vergehnen hat, ergeht an die „Großen der Erde“:

„Die englische Regierung ist genötigt, die Goldwährung außer Kraft zu setzen und die „Bank von England“ zu ermächtigen, die Einlösung der Noten in Gold einzustellen!“

Dies beleuchtet in grelitem Licht die nicht mehr zu verschleiende Tatsache, daß die im Jahre 1894 begründete „Bank von England“, das Gibraltar der Weltfinanz, ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann.

Im Juli war die „Reichsbank“ gezwungen, die „Golddeckung“ für ihre Noten herabzusetzen. Von einer Einlösungsverweigerung war nicht die Rede. Die Auswirkungen der von der „Reichsbank“ getroffenen Maßnahmen sind allgemein bekannt. Die Auswirkungen der viel weiter gehenden Maßnahmen der „Bank von England“ sind unübersehbar!

John Bull, der Allmächtige, der gemäß seines Volksthebes „Rule Britannia“ die Meere und damit die Welt beherrschte, und Jahrhunderte lang die Völker der Erde nach dem Grundsatz „Dolde et impera“ aufeinander hegte, ist durch die goldenen Kugeln der garten Marianne von Frankreich auf die Knie gezwungen. Seine „Silbernen Kugeln“, mit denen er den Weltkrieg gewann, verloren ihre Wirkung!

Deutschland wandte sich in seiner Not an die „Großen der Erde“, doch wurde ihm ausreichende Hilfe nicht zu Teil. Die „Sieger“ glaubten Deutschland entgültig verlassen zu können!

Heute, drei Monate später, kehrt sich die Waffe, mit der sie Deutschland knechten wollten, gegen die „Sieger“, der Mächtigen Einer wurde durch sie dahin gestreckt!

Einen treffenderen Beweis für die Unstimmigkeit der von uns heils bekämpften „Goldwährung“ konnte die Geschichte nicht erbringen, und niemand hat daran geglaubt, daß die von uns verkündete Wahrheit so rasch ihre erschreckende, alle unsere oft geäußerten Befürchtungen weit übertreffende, grauenvolle Wirklichkeit findet!

Der Tag um das goldene Kalb hat sein Ende mit Schrecken gefunden. Das Beben des 18. Juli, das die „Großen der Erde“ mit Schrecken erfüllte, war der erste Auftakt der Querverstärkung zu dem Inferno der Weltkatastrophe. Nichts geschah von den „Großen der Erde“, um dieser wirksam zu begegnen. Schöne Reden wurden genügend gehalten, aber nichts geschah! Mit einer durch nichts zu übertreffenden Ueberheblichkeit trat 1914 England in den Weltkrieg ein unter dem Motto:

„Geschäft wie gewöhnlich während der Aenderung der Landkarte von Europa!“

Heute, nur siebzehn Jahre, einem Nichts der Weltgeschichte, später, das Resultat des „Business as usual“. Der Zusammenbruch des Englischen Finanzriesen und die Einleitung eines „Tohu wa bohu“, von dessen katastrophalen Auswirkungen sich auch die lebhafteste Phantasie nicht die geringste Vorstellung machen kann.

Die Schließung der Londoner Börse, die die Schließung der Börsen der Welt automatisch nach sich zieht, bedeutet den Zusammenbruch des durch die jüdische, internationale Finanz in Bildung begriffenen Satanreiches.

Leider werden durch die hierbei entstehenden Trümmer nicht die schuldigen Urheber, sondern Unschuldige erschlagen: Eine Arbeitslosigkeit von nie geahnten Ausmaßen, eine nie dagewesene Weltungersnot, kurz das Chaos ist die Folge.

Die Tatsachen übertreffen unsere schlimmsten Befürchtungen. Stets haben wir auf das Unstimmige der Goldwährung hingewiesen, nicht nur in Bezug auf Deutschland, sondern ganz allgemein.

Das Höchste, was uns Menschen verliehen wurde, ist unsere geistige und körperliche Arbeitskraft.

Stets stellen wir diese in den Vordergrund und erheben den Gebrauch der geistigen und körperlichen Kräfte zum Wohle der Volksgenossen zu unserem obersten Lebenszweck:

„Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen.“

„Abkämpfung des arbeits- und mühelosen Einkommens!“ Arbeits- und müheloses Einkommen ist nur möglich, wenn nicht die ersprießliche Betätigung, geistige oder körperliche, also das Grundgut „Arbeit“ höchster Verwertung ist, sondern ein zum Wohl erhabenes, an sich völlig wertloses und zu keinem Gebrauch, also zu keiner praktischen Betätigung verwendbares Metall, nämlich „Gold“!

Ein Stück Eisen, zum Pfluge geformt, verbunden mit menschlicher Tätigkeit schafft uns durch die Güte Gottes Brot! Eine Wagenladung „Gold“ schafft uns nichts, auch wenn wir uns noch so sehr abmühen, denn auf ihm lastet der Fluch Gottes!

Gold als Währungs-Grundlage ist das Wertloseste, das sich auf Erden findet, und doch gelang es gerissenen Windheulen seit Jahrtausenden, der Menschheit einen vermeintlichen Wert des Goldes zu suggerieren, und sich so müheloses Einkommen zu verschaffen!

Aus diesem Jahrtausende langen, durch Suggestion geschaffenen Wahne wird heute die Menschheit durch die Weltkatastrophe aufgerüttelt, will's Gott, zu ihrem Heile!

Das Mittel, dessen sich die „Großen der Erde“ zur Aufrechterhaltung ihrer tariflichen Suggestion seit dem Mittelalter bedienen, sind die Börsen! Ohne geschickte Benutzung der Börsen, insbesondere der Londoner, wäre England nie das

heutige Großbritannien geworden, es hätte nie die Meere beherrschten und sich dadurch die halbe Welt untertan machen können!

Nun mußte die Londoner Börse, der „Götzentempel der Großen der Erde“, ihre Pforten schließen als Folge des Zusammenbruchs der imaginären „Goldwährung“. Wird England in der Lage sein, seine Währung auf der von uns vorgeschlagenen Grundlage „Arbeit“ aufzubauen? Deutschland kann dies heute noch nicht, da ihm die „Goldwährung“ durch „Sieger“-Diktat vorgeschrieben ist.

Einer der mächtigsten „Sieger“, England, bricht durch die falsche „Goldwährung“ zusammen. Wird er sich wieder erheben können oder wird er die anderen, und mit diesen die ganze Welt, mit sich in den Strudel hinabziehen?



Sind daran auch die Nationalsozialisten schuld?

Gleichzeitig mit der Nachricht über die englische Katastrophe erreicht uns die Mitteilung über eine Katastrophe, die sich im fernen Osten entwickelt. Zwischen Japan und China ereigneten sich blutige Vorfälle. Noch können wir die Gründe des Ausbruchs dieser Auseinandersetzungen zwischen den beiden Mächten nicht erkennen. Das zeitliche Zusammenfallen der Katastrophenanfänge läßt einen inneren Zusammenhang beschränken. Ist Englands durch die Geschichte bewiesener Grundsatz „Divide et impera“ die Triebfeder des japanischen Vorgehens, handelt es sich also nicht etwa um eine Ueberfälligkeit ihrer Befugnisse von seiten der japanischen Befehlshaber bei Mukden, sondern etwa um ein von England in Szene gesetztes Trauerspiel, um durch die Erregung fremder Not der eigenen zu entrinnen, so wird sich das im fernen Osten im Entschien begriffene Feuerchen zu dem befürchteten Weltbrande auswachsen. Hiervor bewahre uns Gott!

Keine Macht der Welt wird uns zerschlagen!

Reichsführertagung der NSDAP. in München

Am 15. und 16. September 1931 fand in München unter dem Vorsitz Adolf Hitlers und in Anwesenheit fast aller namhafter Führer der nationalsozialistischen Bewegung eine Tagung der Gauleiter und SA-Führer des ganzen Reiches statt, die sich mit der politischen Lage befaßte und auf der die Richtlinien für den kommenden politischen Kampf festgelegt wurden. Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser und der Chef des Stabes, Röhm, leiteten die Führerbesprechungen. Auf der gemeinsamen Tagung zeichnete Adolf Hitler in mehrstündigem Vortrag ein Bild der innen- und außenpolitischen Lage und bestimmte die Grundsätze, die für den politischen Kampf der NSDAP. in den nächsten Monaten maßgebend sein werden. In seinen von großen Perspektiven getragenen Ausführungen ging Adolf Hitler von einer vornehmsten Kritik der heutigen Regierungsführung im Reich aus, die zerbrechend werde an der völligen Zerfallbarkeit und Uneinheitlichkeit ihrer außenpolitischen, innenpolitischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

Adolf Hitler zeichnete die klare Linie der nationalsozialistischen Zielsetzung, die von der nüchternen Wirklichkeit ausgehe und allein jener grundlegenden Krise Herr werden könne, von deren Beseitigung der ganze Heilungsprozeß abhängt. Aus dieser nationalsozialistischen Grundeinstellung heraus entwickelte der Führer dann die innerpolitischen Tagesforderungen und legte die Marschroute des politischen Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung für die nächste Zeit fest. Seine Feststellung, daß die Bewegung sich überall in unaufhaltsam aufsteigender Weise befinde, daß der Geist, der sie beherrsche, bewundernswert, daß die Autorität, die innere Parteidisziplin und das Vertrauen zur Führung fester denn je seien, fanden die einstimmige Zustimmung der ganzen Führerschaft.

Auch in den anschließenden Sondertagungen der Gauleiter und SA-Führer, die sich mit den unmittelbar aktuellen politischen Fragen beschäftigten, fand die zielbewusste sachliche Arbeit und innere Geschlossenheit der Führung ihren Ausdruck. Die Berichte über den Stand der Organisation und die Entwicklung der Mitgliederbewegung ließen in eindrucksvoller Weise erkennen, daß es der Partei nicht nur in vollem Maße gelungen ist, einen außerordentlich starken Propagandafunktionär nationalsozialistischer Wähler in die Parteiorganisation selbst fest einzugliedern und als Kämpfer der Bewegung zuzuführen, sondern daß auch die Resonanz in den bisher noch abseits stehenden Volksschichten sowohl in der Stadt, wie vor allem auch auf dem ländlichen Lande trotz überlauer Terror- und Abschreckungsversuche welter sehr starke Fortschritte macht. Die Reichsführertagung schloß in dem vollen Bewußtsein absoluter Zuversicht für den bevorstehenden politischen Winterkampf.

Trotz diesen Tatsachen wagte die „Neue Badische Landeszeitung“ davon zu schreiben, daß man in München zusammenkommen mußte, weil die SA revolutionäre und nicht mehr „Hitlertrou“ sei. Die täglichsten gemeinen Lügen dieses Blattes gegen unsere verdienstvollen und kraftvollen Bewegung werden sich einmal bitter rächen.

Das System umhüllt Hitler

Ein Empfang Hitlers durch Hindenburg scheint der Reichsregierung infolge der durch Herrn Curtius entstandenen Krise sehr am Herzen zu liegen. In der gesamten Systempresse wird diese Frage lebhaft erörtert und, scheinbar offiziell beeinflusst, zum Ausdruck gebracht, falls Hitler den Wunsch äußern sollte, dem Reichspräsidenten sein Programm darzulegen, würde dieser ihn sicherlich empfangen.

Ob Hitler jemals zu Hindenburg geht, kann man im Augenblick zwar noch nicht mit Bestimmtheit übersehen. Sicher ist aber, daß Hitler dann die Führung der deutschen Politik übernehmen und Herr Brüning neben Curtius in der Versenkung verschwinden würde.

Das Ganze zeigt aber, daß man jetzt endlich auch in der Wilhelmstraße gemerkt hat, daß ein anderer Wind in Deutschland weht. Es wäre aber ein Trugschluß, anzunehmen, man könnte diesen frischen Wind durch gutes Zureden einfangen. Er ist allmählich schon zu einem Orkan geworden und wird zu gegebener Stunde die große Abrechnung herbeiführen.

Hg. Gemeinder nach seinem Tode gerechtfertigt

Landau- und abwärts verbreitete die marxistische Journalistik die Lüge, Hg. Gemeinder habe in seiner Funktion als Kreisleiter von Frankfurt Parteigeißel unterschlagen. Hg.

Zeitungsverbote am laufenden Band

In Speyer wurde die nationalsozialistische „Reinfront“ wegen eines Berichtes über die Rede des Pg. Buerhel M. d. R. in Kaiserslautern auf der Führertagung des Gaues Rheinpfalz auf Grund des Republikverbotgesetzes § 13 und des Strafgesetzbuches § 88 (Vorbereitung zum Hochverrat) auf die Dauer von 2 Wochen verboten. Dasselbe Verbot bezieht sich auch auf die Kopfbücher: „Ludwigshafener Tageblatt“ — „Kaiserslauterer Tageblatt“ — „Pirmasenscher Beobachter“ — „Dahlocher Generalanzeiger“.

Der Augenblick, in dem die nationalsozialistische Presse das 100. Verbots-Jubiläum feiern kann, steht vor der Tür.

Wegen des Verbots des „Angriffs“ hatte der Berliner Pressegauleiter der NSDAP, Hinkel (M. d. R.) mit dem Reichsinnenminister Dr. Wirth eine längere Unterredung. Hinkel legte dar, weshalb die Nationalsozialisten das Verbot des „Angriffs“ als ungerechtfertigt ansahen und betonte, daß die Zeichnung, wegen der der Berliner Polizeipräsident das Verbot des „Angriffs“ ausgesprochen habe, nichts mit den Krawallen auf dem Kurfürstendamm zu tun habe und daß die NSDAP. derartige Kundgebungen nicht billige. Hinkel legte ferner Wert auf die Feststellung, daß die Bezeichnung „Hitl“ nicht eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten bedeutet, sondern lediglich eine Abkürzung für die Parole „Einheit in die Betriebe“ sei. Der Reichsminister versicherte, daß er das Verbot und seine Begründung durch den Berliner Polizeipräsidenten überprüfen werde.

Am 18. September hat der Berliner Polizeipräsident das Organ der nationalsozialistischen Betriebszellen Groß-Berlin „Die Signale“ beschlagnahmt und verboten. Das Verbot gründet sich auf der Behauptung, die „Signale“ seien ein Ersatzblatt des verbotenen „Angriffs“.

Der „Volkskampf“ beschlagnahmt

Die Nr. 4 des nationalsozialistischen Kieler Wochenblattes „Der Volkskampf“ wurde am 19. September von der Kieler Polizeidirektion ohne Angabe der Gründe beschlagnahmt. Das junge Kampfblatt ist der dortigen Polizeidirektion außerordentlich unangenehm und wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir die Beschlagnahme in Zusammenhang bringen mit einem Artikel, in welchem sich „Der Volkskampf“ mit dem Herrn Polizeihauptmann Schmalz auseinandersetzt, dessen Karikatur am Kopf des Blattes prangt.

Wöllstein erhält einen NS. Bürgermeister

Bei der am 13. September stattgefundenen Bürgermeisterwahl in Wöllstein wurde ein Nationalsozialist mit überwältigender Mehrheit gewählt. Diese Wahl, die naturgemäß eine Persönlichkeitswahl war, zeigte folgende Resultate:

Table with 2 columns: Name and Stimmzahl. Julius Neubred (nationalsozialistisch) 614 Stimmen, Heinrich Mattes 286 Stimmen, Philipp Hill 90 Stimmen.

Damit ist der bisherige Beigeordnete Neubred bei einer Wahlbeteiligung von rund 80% (11) gewählt. Wenn man in Vergleich zieht, daß die Gegenkandidaten ungleich weniger Stimmen erringen konnten, dann zeigt sich an diesem Beispiel sehr deutlich, daß der Nationalsozialismus in Hessen marschiert.

Hekatomben von Gemeinheiten

Guer die Lüge — Unser der Sieg!

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. schreibt: Die verlogene Hege der marxistischen und marxistenfreundlichen Presse gegen den Nationalsozialismus hat in den letzten Tagen Formen angenommen, die an Gemeinheit und Skrupellosigkeit nicht mehr zu überbieten sind. Wie nie zuvor speit die Journaille Hekatomben von Lügen aus, die umso schmutziger und skrupelloser werden, je verzweifelter die Lage dieser Hegepostel selbst wird. Dabei werden die unsinnigsten und irrstimmigsten Dinge aufgetischt, sobald man nicht weiß, worüber man sich mehr wundern soll, über die völlige moralische Hemmungslosigkeit und echt jüdische Frechheit, mit der dieser Kohl geschrieben wird, oder über die Ueberfälligkeit der Dummheit ihrer Leser, denen man zumutet, diesen aufgelegten Schwindel zu glauben. In der Regel bedient man sich folgender ausgeklügelter Taktik: In irgendeinem Winkelblättchen wird irgend etwas gelogen. Meist kommt es dem, der von dieser Lügenhege unmittelbar betroffen wird, infolge ständiger Umherreisens im Dienst der nationalsozialistischen Aufklärungsarbeit nicht zu Gesicht. Nach einigen Tagen wird dann das Lügenmärchen unter dem Motto „Wahr — weil unbestritten geblieben“ von der ganzen System-Presse übernommen. Kommt dann ein Dementi, das die Urheber und Verbreiter des Lügen-Vampfers der Lächerlichkeit preisgibt, dann wandert es in den Papierkorb und wird dem Lesepublikum einfach unterschlagen.

Neuerdings aber ist die Lügenhege bereits so schamlos geworden, daß längst widerlegte Unwahrheiten ohne Rücksicht auf die in der Öffentlichkeit längst erfolgte Berichtigung einfach aufs neue abgedruckt und verbreitet werden. Der Fall unseres Abgeordneten Knefedeck, dem man das Wort „Partei-uchdeamentum“ kurzerhand in „Verfassungsamentum“ umschiffte und die Verleumdung trotz der in unserer gesamten Parteipresse erfolgten Richtigstellung unentwegt weiterverbreitet, ist nur ein Beispiel von Duzenden. Ohne zwei oder drei lauffähige Lügen über Nationalsozialismus geht es heute in der marxistischen und der ihr verwandten politischen Schmutzpresse nicht mehr. — Schon wegen der Konkurrenz. An Tagen, an denen das Hirn der marxistischen Intenakals keine Original-Lügen

und Einfälle mehr ausschüttet, muß eben abgestandener Kohl aus's neue aufgewärmt werden. Denn gelogen muß nun einmal werden, wenn der eigenen Partei das Wasser am Halse steht und man vor dem Reichskriegsgericht fordernden Volk sachlich nichts, aber auch rein garnichts mehr vorzubringen hat.

Greifen wir nur ein paar Beispiele eines einzigen Tages aus dem Hergensabbath heraus:

Adolf Hitler hat bekaunntlich längst die Lüge, er habe „von seinem Freunde LaHausen in Bremen“ Gelder für den Erwerb des Brauereis erhalten, durch die Erklärung entlarvt, daß er die LaHausens niemals kennen gelernt und weder direkt noch indirekt Gelder von ihnen erhalten habe, ebensowenig der Reichschatzmeister oder sonst ein Beauftragter. Trotzdem wird die Lüge durch die marxistischen Dreckschleudern skrupellos weiterverbreitet — dazu noch mit der geradezu insamen Bemerkung, die materiellen Beziehungen seien unbekannt geblieben.

Dasselbe wird jetzt in frisch-fröhlicher Hege bezüglich der zusammengebrochenen Seidenfirma Cordts in Berlin d.h. ihres Inhabers Schmidt-Corenzen behauptet. „Für Hitler ... hatte er das Geld aber nach Hunderttausenden übrig“ — schreiben die marxistischen Subelblätter. Das ist selbstverständlich eine ebenso schmutzige Lüge wie im Falle LaHausen. Was hiermit ausdrücklich festgestellt wird.

Wie weit aber die Zumutung der roten und schwarzen Presse an die Beschränktheit ihrer Leserkreise geht, dafür folgendes Beispiel: „Ein Geständnis Hitlers“ legt der jüdische Schmutz seinem Publikum in Balken-Uberschrift vor und legt dann Hitler unter dem Motto „von Hitler ist ein Einspruch bis heute nicht erfolgt“ folgende Äußerungen einem Besucher gegenüber in den Mund: „Ich kann die Zustände auch nicht ändern. Bei Besetzung habe ich wie einen Koch geholt. Mitregieren soll ich nicht. Da weiß ich auch nicht, wie geholfen werden kann. Meine Zeit ist vorbei.“ — Dieses unwahre und an den Haaren herbeigezogene Zitat ist natürlich blühender Unsinn, und wenn es nicht eine bewusste absichtliche Fälschung wäre, könnte man es nur als Ausgeburt einer geradezu sträflichen journalistischen Borniertheit ansehen, die mit derartig plumphen Wägen ihre Leser vom Nationalsozialismus abschrecken zu können glaubt. Im Übrigen kann man nur sagen: Wer von den bürgerlichen und marxistischen Zeitgenossen solch einen Blödsinn tatsächlich glaubt, der ist ein so hoffnungsloser Fall, daß man sich jeden Bekehrungsversuch derartiger Objekte marxistischen Serjins sparen kann.

Es gibt eben einen Haß, der so übersteigert hysterisch und so erbärmlich in seinen Motiven ist, daß er als unzulängliches Zeichen innerer Schwäche nur noch ein mittelbühiges Lächeln abndigt. Es ist der Haß des unehrlichen Gegners, der innerlich schon zu Tode getroffen, noch einmal den Sieg der Wahrheit über die Lüge in sinnloser Wut begeißelt. Guer die Lüge — Unser der Sieg!

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.

Band

Rhein-  
Pa. Buerkel  
des Gaus  
§ 13 und  
Hochverrat)  
elbe Verbot  
shafener  
gedblatt"  
oher Ge-

listische  
n, steht

te der Ver-  
d. R.) mit  
Unterredung,  
das Verbot  
betonte, daß  
präsident das  
chis mit  
u tun habe  
nicht billige  
ch die Be-  
alidigkeiten  
die Parole  
verficherte,  
en Berliner

äsident das  
Groß-Berlin  
Das Verbot  
" seien ein  
s."

sochenblattes  
er von der  
de beschlag-  
gelddirektion  
nicht fehl,  
bringen mit  
" mit dem  
seht, dessen

ermeister  
lgermeister-  
mit über-  
naturgemäß  
ultate:

timmen  
timmen  
timmen  
ch bei einer  
Wenn man  
eich weniger  
em Beispiel  
n marschiert.

# Armer Schlucker!

## „Nicht einmal die Hälfte einer Million“

So armfellig sind Bankdirektoren und ihresgleichen bezahlt, daß sie „nicht einmal die Hälfte einer Million“ Einkommen beziehen. Wer diesen aus der Tiefe eines empörten Herzens stammenden Rotschrei nicht glaubt, der lese einen in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichten Bericht über die Generalversammlung der Dresdner Bank. Ein Mitglied der Verwaltung berichtete eine Behauptung von Millionengehältern der Direktoren mit der Bemerkung, daß einschließlich der Kantinen „das bestbezahlte Vorstandsmitglied nicht einmal die Hälfte einer Million bezieht“. Armer Schlucker das, der im Jahre noch nicht einmal 500 000 RM vorgehen kann! Man sieht, unser Trommelfeuer gegen die aufreizenden Mammuthalter der Generaldirektoren in der Wirtschaft und Bankwelt haben wenigstens so weit gewirkt, daß die Millionengrenze als unanständig gilt.

Wir glauben nur, daß die Verdünerung eines so wohlhabenden Landes auch für die halbe Million Einkommen noch kein richtiges Verständnis hat, namentlich bei einer Bank, die erst neuerdings durch das Einsparn des Reichs — also der Gesamtheit der Steuerzahler — vor dem Zusammenbruch gerettet werden mußte.

Was leisten die Herren eigentlich für die schwindelnd hohen Summen, die sie in die Tasche stecken? Von ihren Taten hat man noch nicht viel gehört, wenigstens nicht von solchen, die für die Allgemeinheit einen Wert gehabt hätten. Jetzt gehen die Herren zu Lasten des Reichs, d. h. zu Lasten unserer Steuergesellen. Wundert man sich da, wenn wir „aufbegehren“?

## Höher geht's nimmer!

Die Volksgelbehörde von Mainz brachte es fertig, die Berechtigung einer nationalsozialistischen Versammlung von folgenden Punkten abhängig zu machen:

1. Uniformierte Anhänger dürfen nicht in der Versammlung erscheinen.
2. Nach der Versammlung dürfen die Versammlungsteilnehmer weder in geschlossener noch in aufgelöster Ordnung den Hinwegmarsch vollziehen. Ebenso ist der gruppenweise Heimmarsch verboten.

Da durch diese Verfügung uns der Weg auf unsere lieben Mutter Erde vollständig verlegt ist, ist unsere größte Sorge die Entdeckung eines modernen „Wieland“, der uns mit einer neuen Konstruktion der „Wielandschen Schwingen“ bescheert. Ob dann wohl auch noch Nummernschilder verlangt „aufbegehren“?

# Wir gehen herrlichen Zeiten entgegen!

## Rund um das badische Spargutachten

Nun ist es heraus, das neue badische Spargutachten, das als letzter Rotschrei die Wendung zum Guten bringen soll. Unterhalb Jahre haben viele „geheute“ Herren über Reichs- und Länderstatistiken und haben in unendlichen Zahlenreihen ein Buch von 186 Quartseiten zusammengestellt, das den Titel trägt: „Gutachten der Sparkommission über die badische Staatsverwaltung“.

Es enthält so manches, aber das man bislang den Mantel christlicher Nächstenliebe deckte. Es wird darin eingesehen, daß die Zahl von 88 Abgeordneten zu groß ist, zumal man in dem weit größeren Württemberg mit 80 Landesboten auskommt. Das Gutachten entdeckt auch, daß es ein Gebot der Billigkeit wäre, wenn den Beamtenabgeordneten, die während ihrer Tätigkeit im Landtag den vollen Gehalt beziehen, der Vätersegen etwas gekürzt würde. Zum anderen hätten sich Abgeordnete, deren Wohnsitz nicht weiter als 35 Kilometer von der Landeshauptstadt entfernt liegt, mit der Aufwandsentschädigung zu begnügen, die für die in Karlsruhe wohnenden Abgeordneten gilt. In diesem Punkte kritisierte die Sparkommission auf verschiedene nationalsozialistische Anträge zurück, die eine Verminderung der Abgeordnetenzahl um die Hälfte, mindestens jedoch auf 60 für angebracht hielten. Nach dem Redebestimmten der schwarz-roten Parteien konnte man unserem Antrag f. St. nicht zustimmen, weil es einen § 23 der badischen Verfassung gibt, der verlangt, daß auf je 10 000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Das ist ein Unfuss, stellt das Spargutachten fest, und dieser Unfuss muß geändert werden. Da es aber auch einen § 23 der Verfassung gibt, der verlangt, daß Verfassungsänderungen nur durch Volksabstimmung möglich sind, wurde nach schmerzhaften Krümmungen vorgeschlagen, daß die Volksabstimmung zur Änderung des § 23 Absatz 1 mit der nächsten Landtagswahl zusammenzulegen sei.

Mit anderen Worten heißt das: Der 1929 gerollte und heute nicht mehr dem Volkswillen entsprechende Landtag verlegt sich bis 1933 durch.

Wir Nationalsozialisten wagen kaum schon heute für die Volksabstimmung zu plädieren, da uns das Vorgehen bestimmt als staatsfeindlich, verfassungswidrig, unparlamentarisch, als Verleumdung und Däresse von dem Zentrumsredigern ausgelegt werden würde. Das Volk wird sich damit begnügen müssen, daß es auch weiterhin 88 seiner besten Köpfe landesgemäß ernähren muß.

Die Rechnung hat nur einen Fehler. Gottes Wohlwollen haben begonnen, etwas schneller zu rotieren, als dies im Zentrumsprogramm berechnet ist, und der Nationalsozialismus wird dabei seine Schuldigkeit tun.

Man muß schon sagen, daß die badische Verfassung im Spargutachten erheblich geringschätzig beurteilt wurde. Da lesen wir: „Diejenigen Bestimmungen der badischen Verfassung, die durch die Reichsverfassung beseitigt, geändert oder inhaltlich

# Ist das wahr?

## Eineinhalb Millionen für ein Festessen

Ein Berliner Abendblatt veröffentlicht folgendes:

Über 1 1/2 Millionen zahlt das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, an dem der Preussische Staat mitbeteiligt ist, allein für Ausschichtungsgebe. Nach dem letzten Geschäftsbericht hat das Rh.-W. Elektrizitätswerk im letzten Geschäftsjahr neben Abschreibungen von 89,3 Millionen ganze 10 Prozent Dividende und für jedes Mitglied des Aufsichtsrats, der aus 100 Mitgliedern besteht, außerdem je 14 000 RM gezahlt. Dazu kommt noch für ein Aufsichtsratsmitglied ein Sitzungsgeld von 500 RM bei freier Beköstigung. 1 1/2 bis 2 Millionen RM wirkt auf diese Weise ein halbstaatliches Unternehmen allein für Aufsichtsratsentlohnungen heraus. Die Tätigkeit dieser Aufsichtsratsmitglieder besteht hauptsächlich darin, daß sie alljährlich im Hotel Kaiserhof in Essen an einem großen Diner teilnehmen. Für diese „Beschäftigung“ erhalten die 100 Aufsichtsratsmitglieder die hohen Kantienengelder und außerdem noch das sogenannte Sitzungsgeld. Das Diner selbst verursacht neue Kosten, die natürlich ebenfalls auf Rechnung des Unternehmens gehen. Zum Schein haben die Aufsichtsratsmitglieder eine „Bilanzprüfung“ vorzunehmen, aber sie ersparen sich selbst diese Tätigkeit dadurch, daß sie von einem Wücherrichter vornehmen lassen. Im Aufsichtsrat der RWE sitzen 28 Bankiers, Industrielle, Generaldirektoren und Direktoren, also fast durchweg Millionäre. Kantienengelder für das Festessen streichen ein: Werner Carp, Aufsichtsratsvorsitzender von Wöhring-Bergbau, vielfacher Millionär, der insgesamt 33 dieser Posten

## Adel verpflichtet

### Auch hier muß abgebaut werden!

Die Standesherrn sind die Bezahler der sichersten Einkommen in Deutschland. Wenn auch ihre Rechte nicht als „wohlverordnete Rechte“ in der Reichsverfassung ausdrücklich gesichert worden sind, so mag doch keine Notverordnung, diese Ansprüche angreifen. Neben den oft sehr hohen Einkünften aus eigenem Vermögen erhalten aus den Geldern der Steuerzahler immer noch jährlich u. a. an Renten:

- Alexander Friedrich, Landgraf von Hessen 612 000.—
- Friedrich Karl, Prinz von Hessen 98 000.—
- Chlodwig, Landgraf von Hessen, Philippsthal 150 000.—
- Albert, Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg 181 013.28
- Friedrich Ferdinand, Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg 195 450.—
- Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen 75 000.—

inne hat, übrigens ein naher Verwandter von Curtius; ferner Dr. Silberberg, Generaldirektor der Rheinischen Braunkohlen-A.-G., 36faches Aufsichtsratsmitglied; der Bankier Louis Hagen, der dem Zentrum nahe steht und mit 62 (!) Aufsichtsratsposten fast den Rekord hält.

Ebenso ist das RWE, eine Versorgungsstelle für Reichsminister a. D. Zu diesen gehört der Zentrumsmann Vell, mehrfacher Reichsminister a. D.; Dr. Hermes, der Führer der Grünen Front; Dr. Luther, Reichskanzler a. D. und jetzt Reichsbankpräsident, die alle mittels des RWE ihre Riefeneinnahmen aufbessern. Ferner beziehen beim RWE. Kantien nicht weniger als 18 Oberbürgermeister und Bürgermeister, alles Personen mit Riefengehältern und gesicherten Riefenpensionen.

Alle Oberbürgermeister des Rheinlandes, wie Bracht aus Essen, Hartmann aus Remscheid usw. erhalten für ihre stumme Existenz als Aufsichtsratsmitglieder des RWE. Kantien. Zu ihnen gehört auch der Oberbürgermeister von Köln, Herr Abenauer, der ein Wohnungsgeld von der Stadt Köln bezieht, das höher als ein Ministergehalt ist. Außerdem bessern durch Kantien beim RWE. hohe Regierungsbeamte ihre Einkommen auf. Im Aufsichtsrat sind vertreten: vier Ministerialräte, zwei Regierungspräsidenten, drei Landeshauptleute, ferner Landräte, Bergassessoren und Oberbauverwalter.

Wir erwarten von den Generaldirektoren des RWE. Aufklärung, ob die obigen Angaben der Wahrheit entsprechen!

Herzog von Arenberg	51 291.68
Fürst zu Salm-Salm	58 170.—
Fürst zu Salm-Horstmar	60 000.—
Herzog von Croÿ	18 000.—
Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg	46 216.30
Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein	22 500.—
Fürst zu Wied	46 511.84
Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich	7 667.80
Graf zu Witt-Weimingen-Westerburg	20 306.02
Die Nachkommen der Gräfin Reichendach	38 812.80

Es wird höchste Zeit, daß diese gewaltigen Zahlen einer Revision unterzogen werden. „Adel verpflichtet“. Daher sollen diese „Standesherrn“ in erster Linie opfern, wo das ganze Volk darbt. Oder wagt man nicht, diesen Herren mit einer Notverordnung zu nahe zu treten?

stellen und 5 außerplanmäßige Religionslehrerstellen errichtet. Württemberg hat darauf verzichtet. Rünftighin sollen die Kosten in Baden durch stärkeren Zugug von nebenamtlichen Lehrkräften verbilligt werden.

In den höheren Schulen sollen die Stundendeputats erhöht werden und zwar mit Wirkung vom 1. April 1932 ab. Parallelklassen dürfen künftig erst nach 10 prozentiger Ueberfüllung der Normalgabeln gebildet werden.

Die Zahl der vorhandenen Vorklassen soll eingeschränkt, dagegen kleine 4—6 bzw. 7 klassige Schulen auf dem Lande erhalten werden.

Die Zugangsperte zu den Lehrerbildungsanstalten soll verlängert, wie auch das Handarbeitslehrerinnen-Seminar ab Oftern 1932 geschlossen werden soll.

Bei den Universitäten soll ebenfalls auf größte Sparjamkeit gesehen werden. Bemängelt wird, daß bei den badischen Kliniken sogar Weitzengeschlechtskranken, Säuglingen, Werkführer, Werkgehilfen, Gärtner usw. ins Beamtenverhältnis überführt und damit die Pensionslast erhöht wurde.

Das Justizministerium muß sich ebenfalls eine Herabsetzung seines übermäßig besetzten Referenten- und Kanzleibeamtenstabes gefallen lassen. Dasselbe gilt für die Gerichte und Staatsanwaltschaften. Die Urlaubsdauer soll eingeschränkt werden.

Die Aufhebung der Landgerichte Heidelberg, Waldshut und Mosbach wird vorläufig abgelehnt.

In der Frage der Aufhebung von Amtsgerichten wurde die Entscheidung ausgesetzt. Eine Anzahl von Amtsgerichten soll jedoch durch Richter benachbarter Amtsgerichte versorgt werden.

Das Innenministerium will die Vorschläge auf Bildung von 27 Amtshörperschaften, auf Beibehaltung der Landeskommisüre und auf Venderung der Gemeindeordnung später prüfen. Bezirksärzte und Bezirksräte sollen an die Bezirksämter angegliedert werden.

Höher geht's nimmer Die Pressestelle des Ministeriums ist zur Zeit von nicht weniger als 8 Regierungsräten besetzt.

Künftig will man mit einem einzigen auskommen. Die leitenden Beamten im Ministerium setzen sich z. St. zusammen aus 1 Ministerialrat und 28 Referenten (11 Oberregierungs- räten und 17 Regierungsräten). Nach Ansicht der Spar- kommission ist hier mit 20 Beamten gut auszukommen.

Von 27 auf der Registrieratur beschäftigten Beamten ent- fallen 12, also fast die Hälfte auf den gehobenen mittleren Dienst und von diesen wieder 6 auf Spitzenstellen. Der Vorstand der Expediur ist ein Ministerialoberrechnungsrat und die Kucherei verwaltet ein Oberrechnungsrat. Selbst nach Ansicht der Sparkommission geht das weit über das Maß des Zulässigen hinaus.

Ein Beamter des Landesfürsorgeverbandes ist als Mini- sterialoberrechnungsrat eingestuft. Im Rechnungsrat und in der Oberrechnung sind im ganzen 6 Ministerialoberrechnungs- räte, 10 Oberrechnungsräte und 7 Ministerialoberrechnungsräte

verwendet, davon befinden sich 19 in den Spitzenstellungen. Weiterhin, heißt es in dem Gutachten, müsse eine Verminderung des Gesamtbeamtenstandes erfolgen.

94 nicht mit Referatgeschäften besetzte Beamte sind für das Ministerium eines Mittelstaates auch bei der gegen früher erheblich vermehrten Arbeitslast immer noch zu viel. Hier können nach Vorschlag der Gutachter R.M. 215 000 eingespart werden.

Die Bezirksverwaltung Badens kostet 3 Millionen R.M. mehr als die württembergische. Der badische Zuschußbedarf ist um 1,8 Millionen höher. Die persönlichen Aufwendungen übersteigen in Baden um 1,9 Millionen, die sachlichen Aufwendungen um 1,1 Millionen den württembergischen Bedarf.

Die Zahl der gehobenen mittleren Beamten soll um 35 vermindert werden und ein großer Teil der behördlichen Geschäfte mittlerer Beamten künftig von Beamten des einfachen Dienstes verrichtet werden.

Bei der Polizei soll eine halbe Million eingespart werden. 40 Stellen sollen bei der Kriminalpolizei gestrichen und die Verschmelzung der Kriminal- und Fahndungspolizei durchgeführt werden.

Ob und wie lange das Reich noch in der Lage ist, den Polizeizuschuß an die Länder in der bisherigen Höhe überhaupt zu gewähren, erscheint der Kommission sehr zweifelhaft. Wir können uns also auf etwas Schönes gefaßt machen!

**Kostspielige Dienstreisen und merkwürdige Beamtenstellen**

Bei der Gendarmerie fällt auf, daß Baden außer einem Gendarmenoberstleutnant noch zwei Majore für nötig hält. Während Württemberg mit nur 1 Offizier auskommt. Das macht das Musterland! Für Dienstreise- und Umzugskosten gibt Baden R.M. 573 000.— aus, Württemberg dagegen nur R.M. 184 000.—.

Die Zahl der Bezirksärzte soll um 12 vermindert werden. Sie sollen volle Bezahlung, daneben aber noch die Erlaubnis zum Betrieb einer Privatpraxis erhalten!

**Die Heil- und Pflegeanstalten**

erfordern in Baden einen Zuschuß von R.M. 1 548 271.—, gegen nur R.M. 709 000.— in Württemberg. Dabei ist der Verpflegungssatz in Baden erheblich höher!

Die Hauptursachen der badischen Mehrausgaben liegen im persönlichen Aufwand.

Baden hat außer den Ärzten noch 2 Geistliche und 2 Verwalter in der Gruppe der Akademiker untergebracht während Württemberg Geistliche nur nebenamtlich beschäftigt und auch keine Oberrechnungsräte niedriger besoldet. Baden hat 2 planmäßige Musiklehrer, Württemberg wendet lediglich R.M. 3000.— auf für Bezahlung nebenamtlich angestellter Lehrer. Baden hat außer den Verwaltern noch 15 mittlere Verwaltungsbeamte, Württemberg keinen einzigen. Die Garten- und Gutsverwalter sind in Baden ebenfalls bedeutend höher eingestuft.

Für Werkmeister, Oberwerkführer, Werkführer, obere Wirtschaftsbeamte, Maschinen- und Magazinmeister, Maschinenisten, Gutsaufseher und gar Straßenwarte und sogar noch Oberköchinnen sind nach dem badischen Vorschlag über 90 planmäßige Beamtenstellungen vorgesehen, während Württemberg hier nur 6 planmäßige Stellen hat. Wir haben in Baden somit eine Art Beamteninflation zu verzeichnen.

Hier soll eine Ersparnis in Höhe von R.M. 1,1 Millionen durchgeführt werden.

Am Veterinärwesen betragen die vorgesehenen Dienstreisekosten R.M. 172 000.—. Eine ungeheure Summe!

# Die Aussprache

Ende vergangener Woche wurde der Landtag zwecks Aussprache über das Notgesetz zusammenberufen. Es wurde wie immer mächtig viel geredet und der an diesem Tag noch Kultusminister gewesene Dr. Schmitt meinte sogar: „Die Schüler mühten zu Charakteren und sozialen Menschen erzogen werden.“ Das klang sehr schön, ganz nationalsozialistisch. Schade, daß die Erkenntnis so spät gekommen ist. Und dann muß man, wenn so etwas von dieser Seite gesagt wird, immer an jenes Wort denken von der Volkshaus, die man so gerne hört und an den Glauben, der dazu fehlt. Wenn Herr Person vom Zentrum erklärte, falls das Reich Mittel für die Universitäten nur gegen Hergabe badischer Hoheitsrechte liefern wolle, so sei ihm der Amerikaner Sherman kulturell lieber, der Geld über den Ozean schickt, als das Verhalten der deutschen Reichsregierung, dann ist das eine schamlose Anbiederung an die „Jankeedoodle“, die uns bis aufs Blut erpreßt haben. Das Zentrum möchte, wie bei schon so vielen Sitzungen, geschmacklos aufbringlich in Kultur. Eine alte Geschichte: Den Sack schlägt man und den Esel meint man. Doch mit diesen Methoden kann man nur noch Futterkrüppel-Parteien zum Lachen bringen. Pp. Prof. Kraft hat in der Stellungnahme zum Notgesetz die größte Bauernfängerei ins bessere Licht gerückt. Er führte in seiner Rede u. a. aus:

„13 Jahre hat die deutsche und die badische Regierung nichts getan, was mit dem Begriff Sparen auch nur verträglich wäre. 13 Jahre lang hat man aus dem Volke geschöpft, hat das aufgebraucht, was das alte System hinterlassen hat, hat das Volkvermögen vergeudet, das Privatvermögen vernichtet, der Welt einen wirtschaftlichen Aufschwung vorgespielt und Silberstreifen am Horizont herorgezaubert.

Warum hat man in dieser Zeit nicht gespart? Warum ist man jetzt erst zu dieser Erkenntnis gekommen? Jetzt, da eine allgemeine Welle der Empörung über die Unfähigkeit unserer Regierenden diese Hinwegzuschwemmen droht, jetzt, da die Ministerfessel, Staatsratsstühle und die sonstige Futterkrüppel in Gefahr sind und hungernde Volksmassen Rechenschaft und Verantwortung fordern. Wir Nationalsozialisten erklären, daß die Verantwortung für das heutige Elend voll und ganz auf die Leute fällt, die es nicht verstanden haben, nach der Niederlage mit den notwendigen Sparmaßnahmen zu beginnen. — Heute ist es zu spät. Heute können Zerfall und Untergang nicht mehr durch Paragraphen gebannt und verhindert werden.

Heute helfen nur neue, große Ideen und diese haben wir in dem Spargutachten vermisst. Wir wären mit vollem

**Dem Weinbauinstitut Freiburg**

wird ins Stammbuch geschrieben, daß es sich mit dem Erwerb eines Anwesens, das früher dem Bauernverein gehört hatte — aha! — zum Ankaufspreis von R.M. 250 000.—, wozu das Reich 150 000.— bezahlte, eine schwere Last aufgeladen hat. Das Gebäude kann nämlich gar nicht bezogen werden, da es mit einem Aufwand von R.M. 130 000.— für die Zwecke des Institutes umgebaut werden muß, wozu die Mittel fehlen. Daneben muß die Miete für die derzeitigen von der Stadt gemieteten Diensträume des Institutes weiter bezahlt werden. Schwarze Zentrumspolitik!

Die Landwirtschaftskammer wird für den Rest des laufenden Geschäftsjahres keinen Zuschuß mehr erhalten. Die landwirtschaftlichen Lehrbetriebe Hochburg und Augustenberg sollen der Landwirtschaftskammer überlassen werden.

Der Staatsbeitrag zu den Handwerkskammern soll gestrichen werden. Die Geschäfte des Oberreichsammtes werden dem Landesgewerbeamt übertragen.

**Der Rechnungshof**

ist die Domäne des Ministers Dr. Baumgartner. Die Sparkommission erklärt die

Stelle eines Oberfinanzrates beim Rechnungshof für überflüssig, wenn der Präsidentenposten künftig nicht mehr politisch, sondern mit einem Beamten besetzt wird, der sich mit der vollen Arbeitskraft seinem Amte widmet.

Eine liebliche Backpeife für das frumbe Zentrum!

**Das Finanzministerium**

ist ebenfalls zu sehr mit hochbezahlten Beamten übersetzt. Die Kommission empfiehlt auch hier Einsparungen, da sie der Ansicht ist, daß das

Bedienen der Schreibmaschine und die Aufnahme von Stenogrammen grundsätzlich nicht von Beamten, sondern von Angestellten geleistet werden sollte.

Weiter heißt es, daß die Ministerien in Baden mit zuviel Geschäften belastet sind, die nicht zu ihren eigentlichen Aufgaben gehören und daß infolgedessen mehr als Ministerialbeamte eingereichte Beamte vorhanden sind, als dem sachlichen Bedürfnis einer zweckmäßigen Einteilung der Geschäfte entspricht. Beispielsweise ist es nicht sachlich begründet, daß ein Beamter, der bei einem Ministerium Kassekosten anweist, höher bezahlt wird als der Beamte, der dasselbe Geschäft bei einem Landeskommissar in einer Mittelstelle besorgt. Heftige Kritik wird an den Baudirektoren geübt, die sich mehr als Hauswarte statt als Hauseigentümer fühlen. Ebenso wird die bisher übliche Doppelarbeit gebrandmarkt.

Die Sparkommission hat ihre Arbeit getan. Sie ist gegangen und hat dem Landtag das Wort erteilt. Wird nun ein neuer Geist in die Ministerien einziehen? Nein, der alte schwarz-rote Ungeist wird bleiben. Und deshalb glauben wir auch nicht an eine Änderung. Noch viel weniger an eine Besserung. Denn alles, was das heutige Regime tut, ist Stückwerk. Es muß auch Stückwerk bleiben, um das Parteiinteresse nicht zu gefährden. Mit kleinen Reformen wird heute nichts mehr gebessert. Zu großen und grundlegenden Änderungen aber fehlt den verkalten und mit Schuld überladenen Parteigebilden die innere Kraft. Sie sind angefault und vergiftet bis ins Mark. Daran gehen sie zu Grunde.

Hinter ihnen aber steht der sturmberbere Nationalsozialismus, der nicht stützen, leimen und doktern will, sondern dem deutschen Volk ein neues Haus, von Grund auf, bauen wird.

Die Schulreform müßte in erster Linie die Umwandlung aller Schulen, auch der Universitäten von reinen Lehranstalten auch zu Erziehungsanstalten anstreben. Nicht nur das Wissen allein soll künftig entscheiden, sondern die ganze Persönlichkeit muß den Ausschlag geben.

**Was Lehrerbildungsanstalten**

anbelangt, so wundern wir uns, daß die in Heidelberg und Freiburg nicht schon längst geschlossen sind. Bei dem geringen Bedarf dürfte die Lehrerbildungsanstalt in Karlsruhe vollauf genügen.

Der Minister hat gestern in seiner Rede durchblicken lassen, daß die Regierung vielleicht in die Lage kommen könnte, die

**Universität Heidelberg**

nicht mehr halten zu können, wenn nicht Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Wir würden es ungewöhnlich finden, wenn die älteste Universität des Deutschen Reiches und der kulturelle Stützpunkt im Westen die Pforten schließen müßte. Wir sind der Meinung, daß trotz aller Not eine derartig beschämende Maßnahme auch nicht einmal in Erwägung gezogen werden dürfte. Wir müssen immer und immer wieder daran erinnern, daß das heutige System außerordentlich großzügig war, als es sich um Zahlungen von jährlich 2000 Millionen Mark an das feindliche Ausland handelte, und daß es jetzt außerordentlich kleinlich ist bei Summen, die nur einen Bruchteil der jährlichen Tribute bedeuten.

Wir meinen, daß die Vertreter des heutigen Systems, die den Youngplan so leichtfertig angepöbeln und unterschrieben haben, an allerletzt Stelle berufen sind, solche einschneidenden Opfer von den deutschen Staatsbürgern zu verlangen, und daß sie endlich Leuten Platz machen, die von Anfang an den Wahnsinn der Erfüllungspolitik mit klarem Blick erkannt und die ganze jegige wirtschaftliche Notlage vorausgesehen haben.“

Nach der Rede unseres Pp. Kraft gab es noch einen kleinen Zwischenfall. Pp. Kraft hat mit peinlicher Ehrlichkeit dem „hohen Haus“ vorgerechnet, was unnötige Verfehlungen kosten. Er bediente sich dabei der Unterlagen von seinem eigenen Umzug. Darauf ist der Herr Kultus-Schmitt eingeschlagen, ließ die Personalakten unseres Pp. holen und glaubte Pp. Kraft blamieren zu können. In Wirklichkeit hat sich das Kultusministerium blamiert, denn 1. war die Verzehung überflüssig, wie in vielen anderen Fällen, wo es sich um Nationalsozialisten gehandelt hat, 2. halfte man unserem Pp. Kraft unnötige Kosten auf und 3. sind dem badischen Staat durch diesen genialen Zwangsakt unnötige Kosten entstanden, die natürlich die Steuerzahler blechen mußten. Der „hübsche Mißerfolg und die große Blamage“ lag also ganz und gar auf Seiten der hohen Regierung und nicht auf Seiten des zwangsverfehten Beamten, wie die „Volksstimme“, die natürlich auch wieder beifern mußte, so großmäulig tat.

In der Freitagssitzung machte der Kommunist Bock in Antikapitalismus. Als ihm Pp. Köhler die innige Freundschaft der Bolschewisten mit den deutschen großkapitalistischen Juden vorwarf, wollte Bock das nicht wahr haben. Prompt ging Pp. Köhler ins Lesezimmer, holte die „Rote Fahne“ und zeigte dem verlegenen Bock eine

**Kleinanzeige des jüdischen Warenhauskonzerns Tieg K. S. Berlin,**

in der sie sich als Monopollieferantin von Lebensmittelpaketen nach der Sowjet-Union empfiehlt. Das verschlug dem Kommunisten doch die Sprache und fortan redete er nur noch ungeheiltes Zeug.

Als bemerkenswert nachzutragen ist noch, daß die in den letzten Monaten im Haushaltsausschuß eingebrachten Anträge auf Herabsetzung der Ministergehälter und Kürzung der Ministergehälter ohne Aussprache bei einer Enthaltung abgelehnt wurden.

Man konnte sich denken, daß alles beim alten bleiben würde. Die Herabsetzung der Ministergehälter und die Kürzung der Ministergehälter sind ja außerordentlich unpopuläre Maßnahmen, die sicherlich von der Masse der Bevölkerung mit großer Erbitterung aufgenommen würden und deshalb geeignet wären, die öffentliche Ruhe und Ordnung empfindlich zu stören.

Schließlich haben es die Koalitionsgenossen noch zu einem Bluff-Antrag folgenden Inhalts gebracht:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, aufgrund des Spargutachtens und der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 24. August 1931 das Erforderliche vorzusehen, daß bereits für die nächste Landtagswahl die Zahl der Abgeordneten etwa um ein Drittel der jetzigen Zahl derselben herabgesetzt und auf etwa 60 bis 65 festgelegt wird.

Dieser Antrag ist die größte politische Dreistigkeit, die sich die schwarz-rot-volksparteiliche Koalition in der letzten Zeit geleistet hat. Der unangenehme Eindruck, den die Wiederbesetzung des vierten Ministeriums und die Ablehnung von Kürzungen der Ministergehälter hervorgerufen haben, soll verwischt werden. Nun wird versucht, dem Volk mit diesem „Sparantrag“ wieder einmal Sand in die Augen zu streuen. Die nächste Landtagswahl wird 1933 sein. Glauben diese Parteien eigentlich, noch solange ungestört weiterzuwirken zu können? Dann müßten sie mit Blindheit geschlagen sein. Sämtlich, wenn sie diesen Antrag sofort wirksam gemacht, die Abgeordnetenzahl sofort herabgesetzt und innerhalb von 6 Wochen eine Neuwahl gemacht hätten, dann hätte der Antrag Anspruch auf Ehrlichkeit erheben können. So aber stellt er nur den Versuch dar, die Deffektivität tiefenhaft zu blaffen.

Am 23. September wird voraussichtlich die nächste Plenarsitzung sein.

Herausgeber und Verleger: Carl Lenz, M. d. N., Heidelberg. Hauptvertriebsstelle: Dr. W. Kattermann, Verantwortlich für Innen- und Außenpolitik, Badische und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Kattermann; für „Die engere Heimat“, „Rheinlande und Bergstraße“, Seligen und „Paroleausgabe“: Fritz Haas; für Anzeigen: Otto Heller; sämtliche in Mannheim. Anzeigen: Die achtgepaltenen Millimeter-Anzeigengasse 10 Pfg. Wiederholungsrabatte nach besonderen Tarif. Annahmestellen für Anzeigen: Montags und Donnerstags 12 Uhr. Druckerei Schmalz & Laßinger, Mannheim.

Immer rechtlich... gefordert... daran erke... Vermögen... In fast je... gleichen, d... Volkshaus... Diese... beitragen... fogenannt... Hausfond... bandsbid... Beitragen... nannte H... werkschafte... Solan... jationen w... ist, zu U... Arbeiter u... Opfer. H... Vangerkreu... Bongen gef... Er muß a... Politik sel... sende u... der rote... verständig... daß das B... den verlog... haben wir... der Arbeit... nicht wußte... Da se... Die alles... schlug Erb... in ihren V... gegen den... zu Adolf... zweck. E... daß im N... nicht Ei... sondern... oberes... Leben... voraus. Be... Bewegung... Idealist sei... mehr denn... Staat... Ein C... Berliner... Prostitution... Es hat ge... Der U... in da... aus... wegen... Das Verfa... wie auch... diese unglü... wählten R... Pressebild... schaft die... Man... denn der... Berliner... Berliner... Rudolf M... intimen M... des Woffe... ihrer Leben... zu gewinn... Der... dringenden... Berliner... denen We... auch... unter dem... schreibt, we... die Blutsch... wie wir... Der höchste... und das o... sumpfes zu... Ewange... Der... „Es f... ergangen... Beerdigung... Den Unfall... in Darmst... sich um un... großer öf... Beerdigung... Da e... Anfragen... vom letzten... die Erhalt... daß die kir... Kirche alle... Leben... die Kirche... daß wegen... Gründen e... geseh befü... gehörigen... sie diesen... wurde, —

# Ein Arbeitergroßchen / von Fritz Plattner, Karlsruhe

Immer hat die Arbeiterchaft, wenn es galt, ihre berechtigten Interessen zu vertreten, vor keinem Opfer zurückgeschreckt. Die Wichtigkeit dieses Satzes kann man am besten daran erkennen, daß die Gewerkschaften heute ein gewaltiges Vermögen besitzen, in eigenen Verbandshäusern und dergleichen. In fast jeder größeren Stadt ist doch die Tatsache zu verzeichnen, daß dort ein Gewerkschaftshaus, da ein sogenanntes Volkshaus steht oder sonstiges Vermögen vorhanden ist.

Diese Häuser wurden nicht alleine aus den Verbandsbeiträgen erworben, sondern zum größten Teil durch eine sogenannte Sonderumlage, die bei einem Hausverkauf dinstfach Hausfondsmarke genannt wurde. In manchem alten Verbandsbuch kann man neben den ordnungsgemäß gelebten Beitragsmarken unter der Spalte Sonderbeiträge eine sogenannte Hausfondsmarke, ja bei manchem überzeugten Gewerkschaftler sogar mehrere solcher Marken entdecken.

Solange nun die Gewerkschaften wirkliche Kampforganisationen waren, nicht wie das heute größtenteils der Fall ist, zu Unterstützungsvereinen degradiert, war der Arbeiter und Angestellte voller Stolz auf seine gebrachten Opfer. Heute jedoch, wo er sehen muß, wohin ihn die Panzerkreuzerpolitik und Ministerfelleisigkeit seiner roten Bongzen geführt hat, denkt ein mancher dieser Idealisten anders. Er muß anders denken, weil er durch die arbeiterräterische Politik seiner einstigen Führer dazu gezwungen wird. Tausende von Arbeitern stehen heute der Politik der roten Gewerkschafts- und SPD-Bongzen verständnislos gegenüber, was zur Folge hatte, daß das Vertrauen zu den Gewerkschaften und hauptsächlich den verlogenen freien Gewerkschaften, geschwunden ist. So haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß ein großer Teil der Arbeiter- und Angestelltenchaft unorganisiert ist und lange nicht wußte, wohin sie sich halten sollten.

Da fekte der Siegeslauf des Nationalsozialismus ein. Die alles bezwingende Idee unseres Führers Adolf Hitler schlug Arbeiter um Arbeiter, Angestellten um Angestellten in ihren Bann. Viele, ja schon Tausende, von diesen einst gegen den Nationalsozialismus Aufbegehren fanden den Weg zu Adolf Hitler und bekamen so wieder einen Lebenszweck. Erkannte doch der zu uns Oekonomene immer mehr, daß im Nationalsozialismus eine Bewegung erstanden, die nicht Eigennutz als obersten Grundsatz kennt, sondern der das Wohl des Volkes wirklich oberstes Gesetz ist.

Leben heißt Kampf. Kampf steht nun immer Idealismus voraus. Beides aber ist in dieser so bekämpften und verurteilten Bewegung vorhanden. Wer zu uns kommt, muß nicht nur Idealist sein, sondern auch Kampfgeist und Opfertun mehr denn je in sich haben. Welch doch niemand besser als

die Mitglieder selbst, daß all die Schauermärchen, wir hätten einen Thymen, einen Goldschmidt oder sonst einen Großkapitalisten als Geldgeber in unseren Reihen, nur dem verkalkten Gehirn roter oder sonstiger gehässiger Zeitungsschmeizer entsprungen können.

Nicht die Großkapitalisten brachten die Bewegung auf ihren heutigen Stand, sondern einzig und allein die gewaltigen Opfer an Gut und Blut eines jeden einzelnen Parteigenossen.

Haben wir doch die Tatsache zu verzeichnen, daß heute trotz der ins Ungeheuerliche gesteigerten Not, jeder Parteigenosse im Glauben an den Sieg des Nationalsozialismus seinen Beitragspflichten ohne Murren nachkommt. Über noch eine andere Tatsache ist zu verzeichnen, daß die am 1. Januar ins Leben gerufene Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation unter den Arbeitern und Angestellten in mer mehr an Vertrauen gewinnt und einen gewaltigen Mitgliederzuwachs aufzuweisen hat.

Wird es doch dem Hand- und Kopfarbeiter von Tag zu Tag klarer, daß sein heutiges Elend einzig und allein der Margismus als Panzerkreuzertrabant des internationalen Finanz- und Börsenkapitals verschuldet hat. Darum kehrt auch einer nach dem andern diesen Panzerplattenpolitikern den Rücken und wird Kämpfer und Streiter in der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation. Dieser Frontwechsel ging den roten Bongzen derart auf die Nerven, daß sie sofort mit ihrem hysterischen Geschrei einsetzten, wir seien Kapitalistenknechte.

Wir aber, die da kämpfen um ein anderes Arbeitertum, wir wissen es, wer die Kapitalisten in unseren Reihen sind. Nämlich wir selber, die ihre Großchen zusammenlegten im Kampf gegen Mosch Marxismus. Weil wir nun so viele Kapitalisten in unseren Reihen haben, ergab sich auch die Notwendigkeit, sogenannte Arbeitergroßchen zum Aufbau der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation herauszugeben. Und nun ihr Betriebszellenmitglieder an die Arbeit, der Arbeitergroßchen, der da geschaffen ist, der muß verteidigt werden. Heran an die Kapitalisten, die neben euch am Schraubstock stehen, die neben euch im Kontor sitzen, ein jeder muß im Besitze eines Arbeitergroßchen sein, ein jeder muß diesen Baustein eines besseren Arbeitertums im Besitze haben, damit das Aufklärungsmaterial beschafft werden kann, um dem letzten vom Margismus noch verhegten Hand- und Kopfarbeiter Aufklärung zu bringen über Sinn und Willen der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation.

Die Parole muß heißen:  
Den Arbeitergroßchen steht in jedes Haus,  
Ihr treibt damit die Panzerkreuzerbongzen raus.

## Das braune Hemd ist unser Ehrenkleid

Das braune Hemd ist unser Ehrenkleid,  
Das Kleid, das wir mit heiligem Stolz tragen  
In tiefer Not, im großen deutschen Leid,  
Und dann erst recht in künftigen Freiheitstagen!

Der Bergmann trägt's in seinem dunklen Schacht,  
Der Bauer, hell vom Sonnenlicht beschienen,  
Der Werkstattden, der spät noch schaffend wacht,  
Und Tausende beim Dröhnen der Maschinen.

Das braune Hemd ist unser Ehrenkleid  
Im Kampf gen alle, die der Heimat Schaden,  
Erbarmig' Sinnbild deutscher Einheit,  
Verbindet uns als treue Kameraden!

## Und wieder 3 Blützeugen des Nationalsozialismus

Am Freitag, den 19. September, abends ereignete sich in Schwerin eine neue schreckliche Mordtat des roten Unternehmertums, der wiederum ein Kämpfer für das Dritte Reich zum Opfer fiel.

Unser Vg. SA-Mann Wittenburg aus Jarrentin wurde auf dem Nachhauseweg von einem größeren Trupp Kommunisten überfallen. Die Mordtaten fielen ohne jeden Grund mit allerlei Mordwörtern über unseren Vg. her, schlugen ihn zu Boden und trampelten dem wehrlosen Mann mit den Füßen auf dem Kopf herum. Die roten Unternehmungen stehen unseren Vg., als er kein Lebenszeichen mehr von sich gab, in seinem Blute liegen.

Passanten fanden den furchtbar Verletzten und sorgten dafür, daß er in ein Krankenhaus überführt wurde. Schon auf dem Wege zum Krankenhaus erlag Vg. Wittenburg den furchtbaren Verletzungen.

Wieder gähnt uns ein offenes Grab entgegen, in das wir einen der Unseren legen müssen. Wieder senken sich die Fahnen zum letzten Gruß!

## Hamburger Wahlen

Am 27. September wählte Hamburg seine Bürgerschaft. Hamburg ist ein Stadtstaat und viele Hamburger Bürger sind der Auffassung, daß das Parlament der Hansestadt mit den großen außenpolitischen und innenpolitischen Fragen des Reiches nichts zu tun habe, daß in der Bürgerschaft lediglich lokale Angelegenheiten zu behandeln seien, und daß daher das Verhalten der Parteien im Reich mit den Parteimassnahmen in Hamburg nicht verglichen werden dürfe. Mit derartigen Ausflüchten sucht man auch das Zusammengehen der Deutschen Volkspartei mit der Sozialdemokratie zu verteidigen.

Die Hamburger Wahlen haben aber nicht nur lokale Bedeutung. Es kann von Entscheidung für die Reichspolitik sein, wie der Hamburger Vertreter im Reichstag seine Stimme abgibt.

Für das Ansehen des ganzen Reiches ist es wünschenswert, daß das Ausgangstor Deutschlands für den Weltverkehr, die Welthafenstadt Hamburg, von nationalen Männern regiert wird.

Für die gesamte Entwicklung unserer Freiheitsbewegung ist es wichtig, daß sich der Freiheitsgedanke auch in der Millionenstadt Hamburg, der zweitgrößten Stadt des Reiches, ungehemmt zum Segen des ganzen Vaterlandes entwickeln kann. Ham-

## Wie erobern die Betriebe!

Großer Betriebswahlsieg auf der Donnermarkt-Hütte in Oberschlesien

Die Betriebsratswahlen Mitte September auf der Donnermarkt-Hütte in Hindenburg (Oberschlesien) brachten den Nationalsozialisten einen großartigen und ganz starken Erfolg. Die Nationalsozialisten erhielten 385 Stimmen und fünf Betriebsrats-Mitglieder. Die marxistischen „Freien“ Gewerkschaften nur 168 Stimmen und 1 Sit, die Christlichen Gewerkschaften 416 Stimmen und fünf Betriebsrats-Mitglieder.

Damit rücken die Nazis nun an die zweite Stelle, während bei der vorigen Wahl nur 106 Stimmen auf unsere Liste vereintigt werden konnten.

Obwohl die kommunistische RSD. im alten Betriebsrat noch mit zwei Sitzen vertreten war, hatte sie diesmal keine eigene Liste mehr aufstellen können.

Die Angestelltenwahl brachte uns 81 Stimmen (2 Sitze), während die Gemeinschaftliche GDA. und Dutab zusammen nur 153 ergielten.

Diese Wahl ist wieder ein herrlicher Beweis für das ungeheure Vormarschreiten der nationalsozialistischen Idee in der deutschen Arbeiterchaft. Immer mehr erkennen die deutschen Arbeiter, daß sie durch die rote Unterklappenwirtschaft der SPD. und KPD. verraten worden sind. Immer mehr erkennen die Schaffenden der Stimm und der Faust, daß sog. „Arbeiter-Parteien“ wie SPD. und KPD., die durch ihre Abhängigkeit von der internationalen Hochfinanz vor jedem anspruchsvollen Arbeiter restlos kompromittiert sind, keine Arbeit und kein Brot schaffen können. Darum kommen die Schaffenden aller Stände zu Hitler, zur NSDAP., der einzigen deutschen Arbeiterpartei, die für wirklichen deutschen Sozialismus eintritt.

## SPD. duldet Lohnraub!

Zeigt es sozialdemokratischen Arbeitern!

Nach einem Aufsatz der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 685/86) war die Lohnentwicklung in der Nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie wie folgt:

	Durchschnittslohn in Pfg.	Eisenherzeugung	Eisenverarbeitung
1929: Dezember	104,3	88,7	
1930: Januar	103,0	90,4	
April	102,4	89,5	
Juli	95,0	85,8	
Oktober	94,4	85,8	
1931: Januar	95,6	86,1	
Februar	95,7	86,2	

Seit März 1930 ist mit permanenter sozialdemokratischer Unterstützung das bürgerlich-reaktionäre Kabinett Brüning am Ruder. Sozialdemokratische Schlichter hätten Schlichterliche, durch die die Löhne der deutschen Arbeiterchaft auf einen hundsmäßigen Stand herabgedrückt wurden. Die Bongengehälter wurden nicht gekürzt.

In der obigen Tabelle mögen die Arbeiter ablesen, wie weit der Arbeiterrat der Sozialdemokratie gediehen ist, daß sie eine Regierung stützt, die einen solchen Lohnabbau durchführt!

Was die marxistischen Notationsjongagone nicht hindern wird, aus Bösartigkeit diejenigen als „Reaktionäre“ zu bekämpfen, die Schluß gemacht wissen wollen mit dieser arbeiterrfeindlichen Politik der SPD.

## Ein neues Opfer des Mordrotzes klagt an!

Vg. Wittenburg, auch Du starbst für Deines Volkes Befreiung! Ueber Dein Grab schreiben wir vorwärts, tragen wir die Fahnen der deutschen Revolution!

Bis auf den Tag! Deutschland erwache!

In der Nacht zum Montag begann in einer Wirtschaft der Stadt von Mainz der 20 Jahre alte Kommunist Krafft mit dem 28 Jahre alten verheirateten Nationalsozialisten Josef Regner ohne jeden Anlaß Streit. Hierbei verletzte der Kommunist unserem Vg. drei Messerliche in die rechte Brustseite, Bauch und Unterschenkel, die den Tod herbeiführten. Der Täter flüchtete, konnte aber später verhaftet werden.

Am Sonntag abend wurde in Meseritz (Ostmark) der SA-Mann Heinrich Seidlich nach Schluß einer kommunistischen Hegerversammlung von roten Mordern erschossen.

burg ist von jeher eine Hochburg des Marxismus gewesen. Fast die Hälfte aller Wähler haben bei den letzten Wahlen ihre Stimme noch den roten Parteien gegeben. Obwohl die SPD. in Hamburg allein ca. 75.000 eingetragene Mitglieder hat, also etwa 7,5% ihres Gesamtmitgliederstandes, wird die Sozialdemokratie fühlbare Verluste haben. Die Neuwähler geben zu den Flügelparteien über, die letzten Endes den Machtkampf unter sich ausfechten werden. Alles in allem können wir hoffen, daß die Neuwahlen Hamburgs eine nationale Regierung bringen werden und damit einen erneuten Einbruch in die wankende marxistische Front.

## SS.-Werbeabend

Hermann Löns-Gedächtnisfeier

28. Sept., 8<sup>00</sup> Uhr, im Kaufmannshaus, C 1, 10/11

## Staatsanwalt gegen Presseunzucht

Ein moralischer Erfolg der NS-Presse

Ein Entrüstungsturm über die unmoralischen Anzeigen im „Berliner Tageblatt“ und dessen schamlose Kuppel- und Prostitutionsanzeigen ist durch unsere Parteipresse gegangen. Es hat gewirkt!

Der Anzuchtsbegehren der Staatsanwaltschaft i Berlin hat gegen eine Anzahl verurteilter Personen aus Verlags-Unternehmungen ein Strafverfahren wegen Kuppel im Sinne des § 184, 4 StGB. eingeleitet.

Das Verfahren richtet sich sowohl gegen die Kuppler selbst, wie auch gegen die Anzeigenredakteure der Zeitungen, die diese unzüchtigen Anzeigen aufgenommen haben. In eingeweihten Kreisen herrscht nach Mitteilung des „Großdeutschen Presseblattes“ kein Zweifel darüber, daß die Staatsanwaltschaft die Anklage erheben wird.

Man kann sich auf allerhand Blänterten gefast machen, denn der Verlagsdirektor des am meisten inkriminierten Berliner Tageblatt ist eine der ehemaligen Prominenten des Berliner Messeamtes, den anscheinend der ertauchte Verlag Rudolf Wisse mit der besonderen Absicht eingestellt hat, seine intimen Kenntnisse des Berliner Nachtlebens im Interesse des Woffeschen Anzeigengeschäfts auszunutzen und die Berliner Lebemüde zu treuen Kunden des Berliner Tageblatts zu gewinnen.

Der Berliner Staatsanwaltschaft aber geben wir den dringenden Rat, sich nicht nur um den Anzeigentel des Berliner Tageblatt und ähnliche Organe zu kümmern, in denen Wollust und Beroersität ihre Orgien feiern, sondern auch um den redaktionellen Teil, in dem teilweise unter dem Zepher des Herrn Kerr, der in abgehackten Worten schreibt, weil er nicht fähig ist, einen deutschen Satz zu bilden, die Blutschande, der Ehebuch verherrlicht werden, wie wir es schon des öfteren schlagend beweisen konnten. Der höchste Moralrichter aber ist das deutsche Volk selbst und das verurteilt solche Pflanzungen des großstädtischen Pressesumpfes zum Tode, indem man solche Blätter nicht mehr liest.

## Evangelische Kirche u. kirchliche Beerdigung

Der Evangelische Presserband schreibt:

„Es sind an uns in letzter Zeit verschiedenlich Anfragen ergangen, wie sich die evangelische Kirche bei der kirchlichen Beerdigung von Angehörigen politischer Parteien verhalte. Den Anlaß dazu gab die Tatsache, daß die katholische Kirche in Darmstadt dem Führer einer politischen Partei (es handelte sich um unseren Vg. Gauleiter Gemeinder. Die Reb.), der mit großer öffentlicher Feierlichkeit beerdigt wurde, die kirchliche Beerdigung verweigerte.“

Da ein öffentliches Interesse daran besteht, wie die Anfragen an uns zeigen, wollen wir darauf hin, daß das vom letzten Landeskirchentag beschlossene Kirchengesetz über die Erhaltung und Pflege der kirchlichen Ordnung bestimmt, daß die kirchliche Bestattung grundsätzlich von der evangelischen Kirche alle ihren Gliedern gewährt wird.

Jedem, der zur evangelischen Kirche gehören will, muß die Kirche an all ihren Segnungen teilnehmen lassen, ohne daß wegen der politischen Parteilugehörigkeit oder aus anderen Gründen ein Unterscheid gemacht werden könnte. Das Kirchengesetz bestimmt ferner, daß auch nicht zur evangelischen Kirche gehörenden Christen die Bestattung gewährt werden kann, wenn sie diesen von ihrer Kirche aus konfessionellen Gründen verweigert wurde. —

Heidelberg. Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Haas; Druck: Heideberg. 10 Pfg. einschließlich für die

# Groß-Mannheim

## Pg. Lenz verabschiedet sich

Der große Saal des Wartburg-Hospizes konnte die Mannheimer Parteigenossen kaum fassen, weil alle dabei feiert wollten, als es galt, von unserem bisherigen Ortsgruppenleiter Pg. Lenz Abschied zu nehmen. Der Führer hat ihn als Gauleiter nach Hessen an die Stelle des im Kampfe gestorbenen Pg. Gemeinder berufen. Unter den Klängen des Spielmannszuges marschierte die SA in den Saal ein, voran das Banner, um das sich vor wenigen Jahren nur ein kleines Häuflein scharte.

Herzliche Worte des Dankes und der Anerkennung fand Pg. Dr. Roth. Als Pg. Lenz die Führung der Ortsgruppe übernahm, waren wir in Mannheim kaum bekannt. Verachtet und bekämpft von allen konnten wir nur kleine Versammlungen durchführen. In kürzester Zeit ist es Pg. Lenz gelungen, den Kampf in Mannheim so zu führen, daß wir bald zu einem Machtfaktor wurden. Unter seiner Leitung wurden die ersten großen Versammlungen durchgeführt, es seien nur Goebels- und Frauenfeld-Versammlungen genannt. Die 18 000 Stimmen bei der Reichstagswahl waren kein momentaner Erfolg. Die folgenden Kommunalwahlen bestätigten die Richtigkeit des Kampfes, wo wir nicht nur unsere Stimmen hielten, sondern erheblich steigern konnten. Nach diesen äußeren Erfolgen schulte Pg. Lenz einen Stab von Sektionsleitern, Zellenobleitern und sonstigen Mitarbeitern. Die überfüllten Sektionsversammlungen, mitunter drei an einem Tage, sind der deutlichste Beweis seines vorzüglichen Organisations-talentes. Trotz vieler Bestimmungen schuf er am Ende des vergangenen Jahres unser „Hakenkreuzbanner“, das wenige Wochen später bereits zweimal in der Woche erscheinen konnte.

So dankte Pg. Dr. Roth dem scheidenden Ortsgruppenleiter, dem jetzt eine schwere Aufgabe bevorsteht. Im November finden in Hessen Landtagswahlen statt, auf die ganz Deutschland die Augen richtet.

Dann nehmen die einzelnen Organisationen von unserem Führer Abschied. SA, SS, SA und Frauenorden überreichten als Zeichen der Dankbarkeit große Blumengebinde. Auch der Bezirk Mannheim ließ es sich nicht nehmen, durch Pg. Stöber, Schweltingen, Abschied zu nehmen.

In schlichten Worten dankte dann Pg. Lenz den Mannheimer Parteigenossen und Mitarbeitern für ihre Treue im Kampfe und ermahnte weiterzukämpfen, bis auch der Sieg in Mannheim endgültig unser ist. Mit unserem alten Kampfruf „Deutschland erwache!“ nahm Pg. Lenz Abschied von Mannheim. Jedem Pg. wird dieser Abend in Erinnerung bleiben, wenn der Tag kommen wird, den wir alle herbeisehnen: Der Tag der Freiheit!

Pg. Lenz ist von uns geschieden. Seine ganze Ortsgruppe weiß, daß sie nicht nur ihren prächtigen Führer verloren hat, sondern auch einen gewaltigen Kämpfer. In dieser Stunde des Scheidens dürfte es angebracht sein, kurz den Blick rückwärts zu lenken in die Zeit, da unsere Bewegung noch nicht die stärkste Partei gewesen ist, da hinter ihr noch nicht der beste Propagandaapparat stand. Doch damals schon, als ganz kümmerliche Ansätze zeigten, daß in Deutschland ein neuer politischer Lebenswille erkennbar wurde und seinen Niederschlag erhielt, stand unser Karl Lenz als erster Bannerträger in der Front des Nationalsozialismus. Er hat zu einer Zeit die Sturmflut hochgehalten, als noch viele dieses Symbol verspotteten und verlachten. Ohne Namen, und ohne etwas zu sein, nur der kleine, verfolgte und verfeimte Dorfschullehrer, war er in jenen Anfängen der Bewegung von dem fanatischen Kampfwillen befeuert, der ihm die Kraft gab, aus wenigen Anhängern eine Legion zu machen. Jahre eines verzweifelten Ringens und eines grandiosen Kampfes liegen hinter ihm. Die schwarze rote Regierung Baden hat ihn aus dem Schuldienst entlassen, hat ihn und seine Familie brotlos gemacht. Döfler war seine Zukunft umschattet. Doch auch dieser Terror hat unseren Karl Lenz nicht gebeugt. Er sah weder rechts noch links. Allein der Führer und die Bewegung waren ihm Richtschnur. Arbeit und Opfer, Hingabe und fanatische Leidenschaft, das war sein Blick und seine Erfüllung. Er hat seinen Weg gemacht und wir wissen, daß er unserer Bewegung eine unerschöpfbare Kraft ist, die er verzehrt für sein heiliggeliebtes Vaterland. Im Geiste drücken wir ihm alle noch einmal die Hand und der stille Verspruch im Herzen mit unbeugsamen Willen die von ihm begonnene Arbeit fortzusetzen für die nationale und soziale Befreiung unseres Volkes soll unser

größter Dank für ihn bleiben. Wir würden unserer Chronistenpflicht nicht genügen, würden wir nicht auch der Arbeit seiner tapferen Frau gedenken, die sich in selbstloser Weise in den Dienst der Ortsgruppe gestellt hat und dort ihre reiche Erfahrung auf dem Gebiete der Organisation betätigte. Sie ist ihm der treueste Kamerad und der tapferste Mitstreiter zu allen Zeiten gewesen. Auch ihr dankt die Ortsgruppe. Möge die Arbeit dieser beiden uns lieb gewordenen Menschen drüben im Hessenland fruchtbareren Boden finden. Die Gemeinschaft des Wollens wird uns verbinden, bis ganz Deutschland unterm Hakenkreuz steht.

### Eine „Blüte“ der Wirtschaftspartei

#### „Heinrich, mir graut vor Dir!“

Zu den vielen politischen Interessentenhäufen, die uns das demokratische System in Deutschland gebracht hat, zählt auch die sogenannte

#### „Wirtschaftspartei“.

Dieser politische Kramladen vertritt angeblich die Interessen des (eigentlich gar nicht mehr vorhandenen) Mittelstandes in Handwerk und Gewerbe. Er zeichnet sich weiterhin dadurch aus, daß er in seinen Freilichtversammlungen scharfe und schärfste Töne findet für die Rechte der Hausbesitzer. Fragt man einen dieser Aushilfskämpfer nach den Erfolgen seiner Partei, so erhält man gerne zur Antwort:

„Ja, wenn wir nicht da wären, dann ginge es Euch allen noch viel viel schlechter!“

Damit ist dann natürlich die Daseinsberechtigung dieser Partei glänzend bewiesen und Gemeinmenschen können ohne Weiteres erkennen, daß es uns in Deutschland eigentlich noch recht gut geht.

Der politische „Kampf“ dieses speibürgerlichen Vereines spielt sich vornehmlich an Stammtischen ab. Daher denn auch der Name „Wirtschaftspartei“. So nach dem 4. oder 5. Gläschen Wein und nach der Vertilgung eines oder unter Umständen (nach Stadtratssitzungen) auch mehrerer saftiger Rippchen, dann, wenn der blauliche Rauch der geliebten Zigarette sich annützig zur Decke schlingelt, dann werden bei diesen großen politischen Strategien die Geister lebendig. Nicht nur die alkohollischen! Und dann wird Politik getrieben. Respektvoll verzieht sich die Raube, die eben noch freundlich schnurrend und zärtlich miauend um die Beine des großen Herrn gestrichen ist, in den hintersten Winkel des Raumes. Noch ein lechter angenehmer Aufstoßer und dann geht es los: das Schimpfen nämlich wie ein Rohrpfog: Ueber die furchtbaren Steuern, über die Nichtsnutzigkeit der Arbeiter, die heutzutage zwar hohe Löhne, aber nichts schaffen wollen, über die Unmoral der Menschen, die zu üppig leben, über die Beamten, die natürlich alle Faulenzer sind und denen man dank ihrer mühsam erarbeiteten Steuergroschen viel zu hohe Gehälter in den Taschen schmeißt, über die Schmuckkonkurrenz der Warenhändler und Konsumvereine, ... kurzum über alles, was einem gerade einfällt.

Und wehe dann, wenn jemand das Wort „Sozialdemokratie“ in die Debatte wirft. Messer und Gabel, die beide sich eben noch vereint bemühten, ein lieblich duftendes Stück Braten seiner natürlichen Bestimmung zuzuführen, blitzen in drohend gereckten Fäusten, — aus feuchten Augenlein lodert ißblüher Haß, — das Gesicht vom Eifer des politischen Geflechtes gerötet, verzieht sich zur Grimasse, — Zähne fletschen, — das Ganze ein großartiges Bild gedallter Kraft und potenziertes Energie und ein eindrucksvolles Gemälde fanatischen Hasses und absoluten Vernichtungswillens. Dann bricht der Sturm los! Die Schleusen öffnen sich. Ein Sprühregen ergießt sich über die Nachbarn. „Die Lumpen, die drecksigen! Die Saubards, die miserablen! Die Juddebagaß, die stinkig! Ausgerottet geht es die ganz sozialdemokratische Brut, mit Stumpf und Stiel! Die sin an unserm ganze Glend schuld! Die mit ihrer verfluchte kalte Sozialisierung, des Bonzopack! Na, denn werre mers noch zeigel Die solle uns noch kenne lerne! E Hoddell hann se naderlich a misse hann, un ihr Dmerbonze e Willal Dem seine her war die alt net gut genunk! Un wer muß es bezahle?! Doch niemand anerkennt als mer! Bun unsere Steleere mädsche sich die Halunke, die gottverdammte! Na, es werd emol anerkennt kumme, wart nor emol am 16. November, wann unser Schneider Helmerich

do enuff uffs Rothaus kommt, der werds ne weffel Do kenne se was erlöwe, die rote Bonze! Der wöh, was er will, de Schneider Helmerich, des is e klarer Kopp. Der is a noch zu was höherem berufe, der bringt bestimmt noch zu was, mintschiens zum Wilschier! Na, ich dats em gönne, der Mann verdient!“

#### Sowohl, der Mann verdient

es, und sein Kollege von derselben Partei, der mehrfache Doppelverdiener von Au. Doch bleiben wir heute bei dem „Klone Kopp“, unserm Stadtrat Heinrich Schneider! Er ist ein geschworener Feind der Sozialdemokratie selbstverständlich.

Und seine Stimme im Stadtrat hat Gewicht, die zählt etwas. Hier der Beweis:

Die Seckenheimer „Freie Turnerschaft“, ein sozialdemokratischer Verein, besitzt ein Vereinshaus mit einer großen Turnhalle, die nicht nur den Verein, sondern vor allen Dingen die SPD, einen Haufen Geld gekostet

Samstag, den 26. Sept. abds. 8<sup>11</sup> Uhr, spricht im Versammlungssaal des Rosengartens

Pg. Gauleiter Lenz, M. d. R., über:

### „Die SPD. am Pranger, das Volk fordert Rechenschaft!“

Freie Aussprache! — Eintritt: 30 Pf., Erwerbslose: 15 Pf. Die Panfarenbläser des SS-Spielmannszuges wirken mit! Karten sind auf der Geschäftsstelle erhältlich.

Sektion Hirschfeld-Strahmühl.

hat. Es ist bekannt, daß sowohl die Mannheimer, als auch die Seckenheimer Sozialdemokraten die eifrigsten „Mächer“ der Eingeladung waren. Ohne die SPD. wäre es wohl nie soweit gekommen, daß Seckenheim seine Selbständigkeit aufgeben hätte und in die schuldensbeladenen Polypenarme der „lebendigen Stadt“ gefallen wäre. Diese Eingeladung erwies sich nachher als ein

glänzendes Geschäft für — Defizit den obigen Verein.

Auf einmal war ein Vertrag da zwischen der Stadtverwaltung Mannheim und den roten Turnern, auf Grund dessen die

Kinder der Seckenheimer Volksschule in der Turnhalle des sozialdemokratischen Vereines turnen sollen.

Der rote Verein sollte dafür jährlich die nette Summe von 1700.— RM bekommen. Als dieser Plan, über dessen sonderbare Hintergründe und merkwürdige Laufbahn wir zu gegebener Zeit noch berichten werden, in Seckenheim bekannt wurde, erhob sich unter der nichtsozialdemokratisch eingestellten Bevölkerung ein Sturm der Entrüstung. Die katholischen und evangelischen Eltern der Schulkinder protestierten energisch dagegen, daß ihre Kinder in dem gleichen Saal turnen sollen, in dem sonst eine widerliche marxistische Hege gegen all das entfaltet wird, was deutsch und christlich ist. Es wollte und will ihnen nicht einleuchten, daß ihre Steuerelder zur Unterstützung ausgerechnet einer sozialdemokratischen Organisation verwendet werden sollen. In kurzer Zeit wurden 500 Unterschriften katholischer und mehr als 300 Unterschriften evangelischer Eltern gesammelt, worin gegen den Plan der Stadtverwaltung energisch Front gemacht wurde. Sogar mit einem Turnstreik wurde gedroht, wenn der Vertrag nicht schleunigst wieder aufgehoben wurde.

Die Stadtverwaltung war gezwungen, dem Stadtrat die Angelegenheit zur Entscheidung vorzulegen. Am vergangenen Donnerstag wurde darüber in Abwesenheit des Oberbürgermeisters beraten. Ueber eine Stunde soll die Debatte gedauert haben. Schließlich wurde darüber abgestimmt ob der Vertrag mit der freien Turnerschaft beibehalten werden soll. In namentlicher Abstimmung wurden 12 „Nein“- und 13 „Ja“-Stimmen abgegeben. Gegen den Vertrag stimmten die Nationalsozialisten, das Zentrum, Dr. Schmechel (Ev. Volkshilfsf), Ludwig (D. V. P.), Bürgermeister Völkner und Wall.

Für den Vertrag haben gestimmt: 7 Sozialdemokraten, 3 Kommunisten, Dr. Jerschahn (Dem.), Bürgermeister Vötiger und ... der Wirtschaftsparteiler

#### Heinrich Schneider

Seine Stimme hat den Ausschlag gegeben. Es soll stark nach Kuhhandel gerochen haben in jener Sitzung. Nicht nur soll Schneider sich während der ausgedehnten Debatte nicht einmal zum Wort gemeldet — ganz, ganz stille soll er dagehessen sein — sondern er soll den Sitzungssaal während der Beratung einmal verlassen haben. (War es ihm vielleicht nicht ganz wohl in seiner Haut?) Merkwürdigerweise löste das Resultat auch gar keine Ueberraschung im Saale aus. Man darf sich nicht wundern, wenn daran so mancherlei Kombinationen geknüpft werden. Man vermutet ein abgekartetes Spiel zwischen Zentrum und Sozialdemokraten.

bei dem Schneider eine gewisse Rolle zu spielen hatte.

Der Ausgang befriedigte doch auch wirklich alle. Einmal die Sozialdemokratie, deren Verein finanziell unterstützt wird; dann das Zentrum, das seinen Seckenheimer Wählern sagen kann, daß es gegen die 1700.— RM gestimmt habe; und dann wieder das Zentrum, dessen Freundschaft mit der Sozialdemokratie keine Erziehung erfahren hat. Wahrscheinlich der Dreh war gut und eigentlich zu sein gesponnen, als daß auch schwarz-roten Verbänden die Nationalsozialisten nicht hinter die Kulissen geschaut hätten.

#### Herr Helmerich war adkommandiert.

Wäre er anwesend gewesen, so hätte er in Anbetracht seines Sparprogrammes nicht für die Verschleuderung von 1700.— RM stimmen können. Andererseits durfte er seine Genossen nicht verstimmen. Also war die einzige Möglichkeit: Fernbleiben. Der Termin war gut gewählt, denn Herr von Au, der diese Dummschheit kaum gemacht hätte, sah im bad. Landtag. Und die eine Stimme, deren man zur Erreichung seines Zweckes bedurfte, man fand sie, so wie das Parlamentarische System immer zur rechten Zeit ein Wundermittel findet. Herr Heinrich Schneider von der Wirtschaftspartei war so lebenswichtig! Der Lohn wird nicht ausbleiben. Schon hören wir, daß die „Freie Turnerschaft“ beschlossen hat, ihren Gönner zum

Ehrenmitglied zu ernennen.

Die genaue Führer der Wähler aber werden sagen:

Heinrich, mir graut vor Dir!

Luchs.

### Nationaltheater Mannheim

Spielplan vom 23. September bis 26. September 1931

#### Im Nationaltheater:

Mittwoch, 23. September: Miete C 3 (mittlere Preise): 7. Vorstellung der Werbemohel: „Die Entführung aus dem Serail“, Komische Oper von Mozart. Anfang: 20 Uhr.

Donnerstag, 24. September: Miete C 4 (mittlere Preise): „Ein Sommernachtstraum“, von Shakespeare. Anfang: 20 Uhr.

Freitag, 25. September: Miete F 3 (mittlere Preise): „Othello“, Oper von Verdi. Anfang: 19,30 Uhr.

Samstag, 26. September: Miete A 3 (mittlere Preise): Zum ersten Male: „Der Teufel geholt“, Schauspiel von Knut Hamsun. Anfang: 19,30 Uhr.

#### In Ludwigshafen im Ufa-Palast-Palmbau:

Mittwoch, 23. September: Für die Theatergemeinde des Bühnennachbundes (Schauspielpreise): „Ein Sommernachtstraum“, von Shakespeare. Anfang: 20 Uhr.

Donnerstag, 24. September: Für die Theatergemeinde Freie Volkshühne (Opernpreise): „Die Entführung aus dem Serail“, Komische Oper von Mozart. Anfang: 20 Uhr.

**Deutsche! Geht nur zu deutschen Ärzten, Zahnärzten und Anwälten!**

# Schwetzingen Brief

## Wieder überfüllte Versammlung

Ein guter Auktakt zum beginnenden Zweimonatsplan war die Versammlung am Donnerstag, in der Diplom-Volkswirt Henje aus Frankfurt a. M. über die „Einkreisung Deutschlands“ sprach.

Schon die Mitgliederversammlung eine Woche zuvor bemies, daß es in Schwetzingen unaufhaltsam vorwärts geht. Noch nie war eine unserer Mitgliederversammlungen so stark besucht, wie diese.

Der Schwanensaal war schon vor Beginn der Versammlung bis auf den letzten Platz besetzt. Unsere zum erstmalig auftretende kleine Hauskapelle leitete den Abend mit musikalischen Vorträgen ein, sodas bereits eine gehobene Stimmung im Lokal herrschte, als nach herzlicher Begrüßung unserer Ortsgruppenführer, Pg. Hergig, der Redner des Abends, Pg. Henje, das Wort ergriff.

Der Redner verstand es ausgezeichnet, die Zuhörer mit seinem Vortrage zu fesseln. Schlagend bewies Pg. Henje, wie falsch die deutsche Außenpolitik der letzten 13 Jahre war, wie Deutschland infolge der wahnwitzigen Erfüllungspolitik und der Ideologie der deutsch-französischen Verständigung heute isolierter denn je dastehe. Durch innere Einigkeit müsse Deutschland wieder bündnisfähig werden, denn nur dann sei eine gefestigte, zielvolle Außenpolitik möglich. Adolf Hitler habe schon in früheren Jahren auf neue Wege der Außenpolitik hingewiesen. Frankreich habe sich zum größten Nachbarn Europas emporgeschwungen, sodas Deutschland eine Bündnispolitik mit den Staaten zu betreiben habe, deren Interessen auch gegen diejenigen Frankreichs gingen. Pg. Henje behandelte dann auch die Frage der Raumbeschaffung. Er bezeichnete Deutschland als das Volk ohne Raum, sodas das Fernziel kommender Politik Raumbeschaffung sein müsse. Sodann wies der Redner auf die unbedingte Notwendigkeit einer stärkeren Propagandaarbeit hin und schloß seinen Vortrag mit der Feststellung, daß nur eine radikale Wendung innen und nach außen dem deutschen Volke Rettung bringen kann.

Starker Beifall belohnte den Redner. Zur Diskussion meldete sich niemand, sodas Pg. Henje im Schlusswort auf Wunsch einiger Anwesenden unsere Einstellung zum Christentum, unter besonderer Berücksichtigung des Katholizismus, klarlegen konnte. Mit dem Horst Wessel-Lied wurde die eindrucksvolle Kundgebung geschlossen, 15 Zeitungsabbestellungen, ein guter Kampfspruch und der Wunsch vieler Senn-Broschüren waren der äußere Erfolg dieses Abends.

Leider war es uns nicht vergönnt, unseren verehrten Bezirksleiter und Reichstagsabgeordneten Leng, wie vorgelesen, zu hören. Wir mußten ihn entschuldigen, da er in

### Dampfleite und die „Volksstimme“

Dampfleite schreiben ist keine Kunst. Ganz und gar nicht. Ich kann mir gut vorstellen, daß ein unweiser Gymnasiast, der keine blasse Ahnung von Homer und Herakliten hat, aus Wut und Haß auf den tyrannischen Lateinlehrer ein seltenlanges Pamphlet in Herakliten-Verse schreiben kann. Wir sehen also, Pamphlete sind weiter nichts als Haßprodukte kleiner Geister — sozusagen Abwehrstellungen gegen ihre Minderwertigkeitskomplexe. Aber nicht nur fieselhafte Schulbuben schreiben Pamphlete, sondern auch bereits den Pubertätsjahren entronnene Mitarbeiter der „Volksstimme“.

Mit demselben Recht wie Paul Mockmann in seiner Antithese den Nationalsozialismus der Schundliteratur und Adolf Hitler dem Frank Allan in Parallele gegenüberstellt, könnten wir ihn, ob seines Artikels einen Bramarbas nennen oder ihm den § 51 zusprechen. Wohlgerichtet, mit demselben Recht. Eine Widerlegung seines Pamphlets erübrigt sich, so banal ist es. Wir wollen ihn nur, auf ein paar ihm unterlaufene Logikfehler in Bezug auf die allgemeine Schundliteratur aufmerksam machen. Daß man für Schundliteratur nichts übrig haben soll, damit sind wir einverstanden. Aber wenn wir zwischen 10 Frank Allan-Hefchen und einer Volksstimme zu wählen hätten, so würden wir unbedenklich zu den Frank Allan-Hefchen greifen.

Stellen Sie sich vor, Herr Mockmann, Ihr propagandistischer Haupt- und Leib-Verlag Ullstein, Berlin, würde Sie wegen Verächtlichmachung gerichtlich belangen! Sie müssen zugeden, daß so ein dicker sozialdemokratischer Ullstein-Jude auf jeden Fall — trotz Ihrer rechtmäßigen Ueberzeugung — Ihre Verurteilung durchleben wird. Trotz der Parteigenossenschaft versteht er in dieser Beziehung keinen Spaß. Es ist auch wirklich ein Skandal mit Ullstein. Sein ganzer Sozialismus besteht in einer Courts- und Kleinmalerei in sexuellem Kolorit. Claren und die Maritit würden sich freuen, wenn sie wüßten, wie ihre leichten, frivolen Ideologien heutzutage propagandiert werden. Andererseits können wir wieder nicht verstehen, wie Sie trotz Ihres Abscheus gegen die Schundliteratur ein solcher Kenner der Frank Allan-Schmöhe sind? Haben Sie an die tausend Hefchen lesen müssen, um den „Rächer der Entertiten“ verstehen zu können? Dies zeugt nicht gerade von großem Intellekt. Hoffentlich sind Sie durch die demokratisierende Lektüre nicht in die geistige Unterschicht hinuntergerutcht? Ihr Pamphlet läßt diese Vermutung offen. Aber wahrscheinlich haben Sie mit dem „Rächer der Entertiten“ noch nicht persönlich zu tun gehabt, weil Sie ihn so verächtlich machen. Passen Sie auf, daß nicht eines schönen Tages Sie sein getreuer Diener Sam beim Wickel nimmt, das könnte sich auf Ihre geistige Oberschicht unangenehm auswirken. Befassen Sie sich einmal intensiv mit der schönen Literatur — sie ist weit gefährlicher und angenehmer zu lesen — und gleichen Sie beispielsweise einmal eine Parallele zwischen Fallstaff und Ihrer eigenen Person! Ueberlassen wir aus der Oberschicht die Schundliteratur ruhig der ominösen Unterschicht. Sie wird schon mit ihr fertig werden. Hoffentlich versteht sie sich nicht aus lauter Entrüstung zu solch metaphysischen Phantastereien wie Sie, Herr Mockmann. Im übrigen danken wir Ihnen für die Einsicht in Ihr Reifezeugnis. Sie kennen ja bereits die Gespräche mit dem Gymnasiasten und dem Lateinlehrer. . . .

Darmstadt zur Uebernahme des Gaues Hessen, zu dessen Führer er überraschend ernannt wurde, wolle.

Der Anfang unseres Zweimonatsplanes war gut, wir arbeiten mit der notwendigen Verbissenheit und Energie weiter, denn wir wissen, der Sieg muß und wird unser werden!

Rebo.

### Aufruf!

Nationalsozialisten! Deutsche Volksgenossen! Ein neuer Hungerwinter steht vor der Tür!

Die nat.-soz. Bewegung steht heute im schwersten Kampf nach außen mit den marxistisch durchsehten Parteien aller Schattierungen. Nur unsere innere Geschlossenheit ermöglicht es uns heute, diesen Kampf mit Erfolg zu führen. Wir stehen vor einem Winter, der Rot und Glend in einem ungeahnten Maße im Gefolge führen wird. Schon liegen heute 5 Millionen Arbeitslose auf der Straße! Wieviel werden es im kommenden Winter sein?

### Die Rot ist groß! Das Glend wächst!

Deutsche Schwestern und Brüder in Stadt und Land! Schon jetzt gilt es, Vorbeuge zu treffen, daß unsere arbeitslosen Parteigenossen mit ihren Familien im Winter vor dem Verhungern bewahrt bleiben. Wir alle wollen helfen, diese Not zu lindern, getreu der von uns vertretenen Weltanschauung:

### Alle für einen und einer für alle!

Auf Wunsch Adolf Hitlers sollen an allen größeren Plätzen Erwerbslosen-Küchen entstehen!

In Baden sind 10 solcher Küchen vorgesehen bis zum 1. Oktober. Es ergeht daher an Alle, die helfen können, der Not, diese sog. NS.-Küchen mit Lebensmitteln und Brennmaterialien nach Möglichkeit zu unterstützen. Ganz besonders bitten wir unsere Parteigenossinnen und Parteigenossen auf dem Lande, schon heute zu überlegen, ob und womit sie diese NS.-Küchen unterstützen können.

Denkt daran, was ihr jetzt schon spenden könnt wie zum Beispiel Eier zum Einlegen usw. Annahmestellen sind jeweils die Ortsgruppen des Deutschen Frauenordens, denen die Durchführung dieser Erwerbslosenpeisung übertragen ist. Denkt an unsere SA-Leute! Denkt an unsere SS-Leute! Denkt auch an die Familien der in Not befindlichen Parteigenossen, die teilweise tagelang nicht in der Lage sind, sich ein warmes Essen zu leisten.

### Das ist euer Dienst an der Bewegung!

Denn ihr wißt alle, daß, wo der Hunger zu Werke ist, Rot und Glend zu Gaste ist, Kampfgeist und Freude schwinden und der Verräitend Ede und Loe offen steht. Kam auf zur Mitarbeit! Entziehe sich keiner der Pflicht, die notwendig ist im Interesse der Bewegung! Laßt uns auch hier zeigen, daß wir Nationalsozialisten eine große Familie sind, eine Volksgemeinschaft, an der sich die anderen die Zähne ausbeihen sollen.

Heli Hitler!

Die Gauleiterin des Deutschen Frauenordens: gez. Frau Klink.

Der Gauleiter: gez. Wagner.

### Warenhauspleite am laufenden Band

Die ungesund aufgebauten und wirtschaftsschädlichen Warenhäuser zeigen sich jetzt in ihrer zweifelhaften Solidität. Der Verdienst durch Massenumsatz und -ware läßt sich auf die Dauer eben nicht halten. Nach der großen Karstadtpleite, die allerdings offiziell wieder „saniert“ ist, melden sich nun zunächst die kleinen Brüder im Verein der Warenhausstruße. So teilt jetzt der „Konfektionär“ mit, daß die Kaufhäuser Ferdinand Schwoeiger Nachf. in Ingolstadt und Leonhardt Tieg Nachf. in Amberg (Oberpf.), alleiniger Inhaber David Wäber (II), durch Rundschreiben des Gläubiger-Schutzverbandes, Nürnberg, die Zahlungen eingestellt und das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt haben. Ueber die Höhe der Verbindlichkeiten liegen Einzelheiten noch nicht vor. 400 Lieferanten u. a. sind wiederum durch diese Pleite geschädigt.

### Dein Kampfblatt muß Du weitergeben!

Wer für das Hakenkreuzbanner wirbt - wirbt für die Partei  
Wer für die Partei wirbt - wirbt für sein Volk!  
Wer für sein Volk wirbt - hilft sich selbst!

### Nette Apostel

In der Lutherkirche in der Reichardt ist man auf der Suche nach einem Pfarrer. Die „Religiösen Sozialisten“ setzen alle Hebel in Bewegung, um wieder einen sozialdemokratischen Pfarrer nach dieser Gemeinde zu ziehen. Bekanntlich geht der Jude und Sozialdemokrat Pfarrer Lehmann „in Pension“.

Da sich die religiösen Sozialisten dieser Gemeinde nicht in der Mehrheit befinden und bei einer Wahl deren Kandidat nicht durchgehen wird, werden andere Methoden angewandt, um das Ziel zu verwirklichen. Wie wir hören, soll ein Kandidat vorgeschlagen werden, der nicht Mitglied der religiösen Sozialisten ist, der aber nach der Wahl dieser Sekte beitreten will.

Es ist für die evangelische Kirche nicht gerade rühmlich, daß derartige Dinge vorkommen.

### Dr. Abendroth und Dr. Rattermann in Seckenheim

Zur ersten Versammlung für den Zweimonatsplan hat sich die Ortsgruppenleitung in Seckenheim unseren Pg. Dr. Abendroth und Pg. Dr. Rattermann verschrieben. Der geräumige Saal des „Reichsadler“ war in Anbetracht der gegenwärtigen Erntezeit sehr gut besetzt. Nach einleitenden Worten des Ortsgruppenführers, Pg. Bauer, sprach als erster Redner Pg. Dr. Abendroth aus Heidelberg. In einstündiger Rede setzte er sich mit dem Programm und den Zielen der kommunistischen Partei auseinander. Dabei wurde auch die Vertreterpartei, die SPD, und das verlogene Zentrum gehörig unter die Lupe genommen. Pg. Dr. Abendroth verstand es hervorragend, die Anwesenden in seinen Bann zu ziehen, sprach er doch in einer ganz sachlichen und ruhigen Art. Seine klug aufgebaute Rede war von echter Vaterlandsliebe durchdrungen. Anschließend ergriff unser Pg. Dr. Rattermann das Wort. Er geißelte in brennenden Worten die gegenwärtige Lage in Deutschland, gab einen kurzen Rückblick auf all die schönen Versprechungen der Novemberparteien und ging dann anschließend auf die Macht der schwarz-roten und farblosen Erfüllungspresse ein, die es immer verstanden hat, das deutsche Volk an der Nase herumzuführen. Mit diesen Gazetten muß endlich einmal Schluss gemacht werden, denn sie tragen ein gerüttelt Maß von Schuld für die gegenwärtigen trostlosen Zustände. Pg. Dr. Rattermann ermahnte die Anwesenden, nicht mehr lange beiseite zu stehen und sich endlich einzureihen in die Front Adolf Hitlers. Wir stehen vor dem Endkampf und der wird heißen: entweder Sowjetstern oder Hakenkreuz. Da sich niemand zur Diskussion gemeldet hatte, sprach Pg. Dr. Abendroth das Schlusswort. Er richtete einen Appell an die deutschen Männer und die deutsche Jugend und ermahnte sie vor den kommenden Monaten, die uns in Deutschland bevorstehen. Großer Beifall dankte den beiden Rednern für ihre trefflichen Ausführungen.

### Das hätte ihnen so gepaßt!

In ihrer Nummer 251 vom 18. September bringt die „Volksstimme“ einen Artikel: „Kleine Aufregung der Nazis“.

„Der Mannheimler Bezirksrat erlebte in seiner gestrigen Sitzung eine politische Auseinandersetzung, die in diesem Gremium im allgemeinen ziemlich selten ist. Bei dem Tagesordnungspunkt: „Auswahl der Schöffen und Geschworenen für den Amtsgerichtsbezirk Schwetzingen“ wurden von verschiedenen Parteien ordnungsgemäß auf Befragen Namensvorschläge gemacht. Da dämmerte es plötzlich dem Bezirksratsmitglied Feit und er verlangte, daß nicht nur Zentrumsleute und SPD-Angehörige als Geschworene vorgeschlagen würden. Der Redner mußte sich vom Vorsitzenden, Regierungsrat Neumayer, belehren lassen, daß jeder Partei es freistehe, ihre Vorschläge einzureichen. Offenbar haben das die Nazis wieder einmal verschlafen und darum mußte der Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung verschoben werden: Die Anträge müssen dann schriftlich eingereicht werden.“

Soweit das Gemüß der „Volksstimme“. Tatsache ist, daß bei der Beratung dieses Punktes nur Zentrums- und SPD-Mitglieder vorgeschlagen waren. Auf Reklamation unseres Pg. Feit stellte es sich heraus, daß diese beiden Parteien scheinbar auf „Umwegen“ von der Wahl der Schöffen und Geschworenen erfuhren, während uns diese Quelle nicht zur Verfügung stand. Wir haben also nicht geschlafen, sondern man versuchte scheinbar, uns zu überrumpeln und unsere Mitgliedsliste zu umgehen. Das ist aber nicht gelungen, eben weil wir nicht geschlafen haben und deshalb gerade haben sich die Systemtreuen gedregert.

### Film

Unter dem Titel: „Herzen in Flammen“. Eine schöne Frau, durch irgendwelche Schicksalschläge zur Varieteeünstlerin herabgesunken, tritt in einer zweifelhaften Vergnügungstätte auf und lernt hier zwei Menschen kennen, die sie umwerben. Der Reichtum des einen berührt sie nicht und folgt dem Fremdenlegonär in die Wüste nach. Aus dieser einfachen Handlung versteht es der Regisseur Sternberg das größtmögliche Maß an Vielfältigkeit herauszuholen. Mariens Dietrich als Varieteeünstlerin, Gary Cooper als Fremdenlegonär und Wolpke Menjou als reicher Lebemann werden ihrer Aufgabe vollkommen gerecht. Ein reichhaltiges Belprogramm ergänzt diesen Film auf das angenehmste.





Groß-Mannheim

Geschäftsstelle Mannheim, P 5, 13 a. Telefon 317 15.
Geschäftsstunden von 8-12 und 14-19 Uhr.
Postfach-Konto: Ludwigshafen a. Rh. 6775.
Bezirks- und Ortsgruppenleiter: Othmar Wehler.
Stellvert. Bezirksleiter: Dr. Otto Orth. Di. u. Fr. 14-19 Uhr.
Kassenverwaltung: Kassenstunden vorm. 10-12, nachm. 4-6 Uhr.
Freitag nachm. geschlossen.
Organisation und Propaganda: Trautwein, 10-12 u. 16-18.
Betriebszellen-Abteilung: Mittwoch von 5-7 Uhr.
Bezirksfachberater für Arbeitsvermittlung, Erwerbslosenfragen und Sozialversicherung: Sturm, Di. und Do. 16-18 Uhr.
Nat.-Soz. Hilfs- u. Sterbekasse. Sprechstunden Di. u. Fr. 4-7 Uhr.
Sozialamt der NSDAP.: Donnerstag 18-19 Uhr.
Gemeindepolitische Abteilung:
Donnerstag 17 1/2-18 1/2 Uhr, Samstag 14-15 Uhr.
Opferling „Deutsche Freiheit“: Dipl.-Ing. A. Fehrmann.
Donnerstag 18-19 Uhr. Postfach: Ludwigshafen 5087.
Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß: Vorf. Pg. v. Waldstein.
Sprechstunden nach Bedarf.
Bezirkskulturwart: Pg. v. Waldstein. Sprechstunden nach Bedarf.
Landtagsfraktion: Prof. H. Kraft. Mi. von 17-19 Uhr.
Presseamt für die Ortsgruppe Groß-Mannheim: Kurt Ott, täglich 8-10 Uhr.
Hitler-Jugend: Koller. Samstags von 16-18 Uhr.
Schülerbund (Bezirksleitung): Mittwoch 6-7 Uhr.
Frauen-Orden: Frau A. Roth, Mittwoch 6-7, Donnerstag 5-6.
Nationalsozialistische Lesehalle, P 5, 13 a. 9-12 und 14 1/2-18 Uhr.
Steuerberatung: Ehard, Dienstags von 17-19 Uhr.
Hausverwaltung: Müller Dienstag u. Donnerstag 4-6 Uhr.

Achtung!

Mit dem heutigen Tage hat Othmar Wehler die Führung der Ortsgruppe Mannheim übernommen.

Rathausfraktion

Die regelmäßige Fraktionsitzung fällt in dieser Woche aus. Nächste Sitzung am Donnerstag, den 1. Oktober 1931.

Weinheim

Nächster Sprechabend am Freitag, den 25. September, abends 8.30 Uhr, bei Pg. Wegmann in „Fischer's Bier- und Weinstuben“.

Die Ortsgruppenleitung. Der SA-Reserveführer.

Erwerbslosen-Zelle Weinheim

Am Mittwoch, den 23. September, findet bei Pg. Wegmann eine Versammlung der Erwerbslosen-Zelle statt. Berichterstattung über die Winterorräte. Erscheinen jedes einzelnen Parteigenossen wird erwartet.

Bezirksfachberater für Erwerbslosenfragen des Bezirkes Weinheim. Anschrift Hauptstraße 160

Bezirksratung in Weinheim

Am Sonntag, den 27. September, findet in Weinheim im Saale des Goldenen Bock ein Bezirksratung statt. Beginn vor-mittags 10 Uhr.

Der Bezirkspropagandaleiter.

Frauen und Jungmädels des Deutschen Frauenordens!

Die Kundgebung des Deutschen Frauenordens wurde auf Donnerstag, den 1. Oktober, abends 8.30 Uhr, verschoben. Alle Ordensschwestern und Jungmädels werden aufgefordert, an dieser Kundgebung teilzunehmen.

Bei einer Teilnehmerzahl von 30 Personen kann eine Autofahrt (Person RM 1.60) stattfinden.

Anmeldungen bitte sofort an Jungmädels Annemarie Rahm, Bäcklinstraße 36, Telefon 428 29.

Die Leiterin des D.F.O.



Dienststunden Sturmabteilung 1/4.

Die Geschäftsstelle befindet sich in Mannheim, P 5, 13 a. Sturmabteilungsführer: Hans Feit, Samstags 4-6 Uhr. Adjutant: Wolf, Klebfattel, Samstags u. Dienstags 6-7 Uhr.

Das deutsche Buch!

„Der Dank des Vaterlandes“. Eine unmittelbare Folge der durch die bisherigen Notverordnungen der Reichsregierung und die noch mehr einschneidenden Runderlasse des Reichsarbeitsministers entstandene Rechtsunsicherheit für die Opfer des Krieges, ist die Tatsache, daß die Zahl der sich in ihren Versorgungsansprüchen an die Freiheitsbewegung Adolf Hitlers wendenden Versorgungsberechtigten ständig ansteigt.

Die Entwicklung hat die Dienststelle der Reichsleitung der NSDAP. für Kriegsoffer-Versorgung veranlaßt, zunächst eine allgemein verständliche volkstümliche Zusammenfassung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen in einer Broschüre „Der Dank des Vaterlandes“ herauszugeben, die bei dem geringfügigen Anschaffungspreis von RM 1.20 jedem Versorgungsberechtigten erschwinglich ist und ihm in ihrer klaren Darstellung der Rechtsverhältnisse bald unentbehrlich sein wird.

Als Ergänzung hierzu erscheint eine Monatschrift „Der Dank des Vaterlandes“, die als Mitteilungsblatt, außer allen wichtigen Änderungen in der Gesetzgebung, die Ziele der Kriegsoffer-Versorgung in einem nationalsozialistischen Staat umsetzen wird.

Beide Schriften erscheinen im Verlage „Der Dank des Vaterlandes“, eingetragene Genossenschaft m. b. H., auf gemeinsamer Grundlage in Düsseldorf, Postfach 212, Postfachkonto Köln 115 263. Die Ueberkäufe des Verlages kommen lehensgemäß den Kriegsoffern zugute und tragen Vorkosten der Broschüre nicht zur Aufklärung der Kriegsoffer bei, sondern übernehmen damit gleichzeitig die Dankeschuld der Nation den gegenüber, die mit geschloffenen Gliedern und stehem Körper den Dank des Vaterlandes immer noch erwarten müssen.

Deutsche Geschäftsleute! Inseriert im „Hakenkreuzbanner“! Dessen Leser wollen wissen, bei wem sie kaufen sollen!

Oeffentliche Versammlung
Donnerstag, 24. Sept. 8 1/2 abds., Harmonie, D 2, 6.
Der Vorsitzende der dnal. Reichstagsfraktion Dr. Oberfohren spricht über: „Weg u. Wille zur Wendung“
Unkostenbeitrag 30 Pfg.
Deutschnationale Volkspartei.

Bartmann
Q 3, 9 und Q 3, 18
An- und Verkaufsgeschäft
stets Geizgenossenschaft
Telefon 29084

1 schöne komplette Küche
pflanzl. f. nur 220 RM
1 schönes kompl. Schlafzimmer, Küche, vollst. abg. mit großem 3-tür. Schrank mit Innenpiegel für nur 480 RM. 1 schön. kompl. Speiszimmer, ausd. gebohrt mit großem Döflet. 1 Credenz, 1 Waschtisch und 4 Leberstühle für nur 480 RM.

Für nur 1180 RM ein behagliches Heim von 1 Schlafz., 1 Speisz., und 1 Küche, oder für nur 700 RM 1 Schlafz., und 1 Küche. Schöne moderne Möbel, feine minderwertige Handeltware, gute Fabrikate, Patent-Röste, Matrasen, Federbetten, Chaiselongues und schöne Sofas in wirklich solider Ausführung, sehr billig. So billig und preiswert nur bei

Schwalbach
B 7, 4
nahe Friedhofspart;
fein Laden.

Alle Jungmädels im Alter von 10-15 Jahren treffen sich am Montag, den 28. Sept. um 18 Uhr in der Lesehalle P 5, 13 a zur Gründung einer Jungschär. Die Leiterin der Jungmädels-Gruppe des D.F.O.

SCHUH Reparatur-Werkstätte Expres
Verwendung von erhellbar. Markenleder unter billiger Berechnung
Gust Kanewurf
Schwalbacherstr. 158 - Tel. 400 95
Freie Abholung und Zustellung

An- und Verkaufshaus Günther
Q 5, 16
kauft u. verkauft Möbel sowie Gegenstände aller Art. 222

UMZÜGE mit gedecktem Auto
Nah- und Ferntransporte gewissenhaft und billig
Tel. 267 76 KUNZ, J 6, 8

Victoria - Drogerie
Chemikalien
Drogen
Photo
Dr. A. Wesch, Mannheim
Schwalbacherstr. 26 - Tel. 428 48

Möbeltransporte
Spez. Umzüge, mit voller Versicherung, bei sachmänn. Bedienung und äußerst billiger Berechnung.
Seerberger, U 2, 8
Telefon 303 55

Ein leerer Raum (parterre) möglichst zentr. gelegen, sofort gesucht.
Sozial-Amt d. NSDAP.
P 5, 13 a

Füllofen
gesucht von NS. Sektion zur Einrichtung eines SA-Raumes
Mitteilungen erbeten an Dr. Orth, Geschäftsstelle P 5, 13 a.

Restaurant Klostergärtchen
Geschäftsübernahme verbunden mit Schlachtfest
Dazu ladet alle Gesinnungsgenossen auf
Donnerstag, den 24. Sept., ergebenst ein
Lorenz Hübner, U 6, 13
Treffpunkt vom SA-Motorrevue.

Zur Sicherheit
des Verkehrs werden auch Sie mit beitragen, wenn Sie meine Fahrschule zur Ausbildung auf Motorrad, Personenwagen oder Lastwagen besuchen. - Die Gebühren habe ich jetzt weiterhin ermäßigt.
Georg Schmitt, Käfertal
Mannheimerstraße 20
Telefon 537 92

Vergeßt nie bei jedem Einkauf auf unsere Zeitung Bezug zu nehmen!